Nr. 51. Halle a. S., Dienstag den 2. März 1909. 20. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Der Steuer-Kuhhandel.

Ueber die Verhandlungen, die am Sonnabend zwischen den Blockführern Dietrich, v. Gamp, Weber und Wiemer stattfanden, ist noch keine zuverlässige Nachricht in die Oeffentlichkeit gedrungen, doch ist nach der ganzen Sachlage klar, daß sich die Liberalen bereits **vollständig auf dem Rückzug** befinden. Wenn der Liberalismus wäre, was er sein will, müßten sich die Verhandlungen zwischen der Rechten und der bürgerlichen Linken auf einen einzigen Punkt beschränken, der sehr rasch zu erledigen ist. Die Liberalen hätten weiter nichts zu tun, als an die Konservativen die wiederholte Frage zu richten, ob sie bereit seien, die **Nachlaßsteuer** oder eine direkte **Reichssteuer auf das Vermögen** zuzugestehen. Sind die Konservativen zu einem solchen Zugeständnis nicht bereit — und sie sind es natürlich nicht — dann bliebe den Liberalen, wenn sie nicht wortbrüchig werden wollen, nichts anderes übrig als zu erklären, daß damit ihr Interesse am Zustandekommen der Reichsfinanzreform erloschen sei.

Daß die Konservativen die von der Regierung vorgeschlagene Nachlaßsteuer auch in den geheimen Verhandlungen nicht zugestehen und noch weniger bereit sind, sich auf eine Reichsvermögenssteuer einzulassen, liegt auf der flachen Hand. Wenn die Nationalliberalen und Freisinnigen trotzdem die Verhandlungen tagelang fortsetzen, so ist es klar, daß es sich für sie nur noch darum handelt, ein Angebot an die Konservativen zu formulieren, das diesen noch vorteilhafter ist als das des Zentrums. Nach der „Deutschen Tageszeitung" scheint ihnen das auch schon gelungen zu sein, denn das Organ der Agrarier weiß zu melden, daß eine neue Verständigung im Block nähergerückt sei.

Hat die „Kreuzzeitung" recht, so ist diese Verständigung nun allerdings auf keiner andern Grundlage zu erwarten, als auf jener der Gamp-Heroldschen Vorschläge. Diese sollen entsprechend den Wünschen der Liberalen „verbessert" und dann mit Hura von allen bürgerlichen Parteien angenommen werden. Die Liberalen bekommen die Erlaubnis, mitmachen zu dürfen, wenn sie versprechen, dann auch bei der Beratung der neuen Branntweinliebesgaben recht artig zu sein. So oder nicht viel anders sieht in der Praxis der freisinnige Bürgerstolz aus, an den nach Herrn Doves pathetischer Versicherung das Junkergefühl der Konservativen nicht heranreicht.

Fürst Bülow, die Parteien und die Regierungen.

Seit Donnerstag ist Fürst Bülow wieder in Aktion getreten. Am Donnerstag erschien er im Reichstag, veranlaßte die Unterbrechung der Kommissionsberatungen und lud die Blockführer für Freitag in sein Palais. Nach dem „Berliner Tageblatt" soll er dort **gleich zu Anfang erklärt haben, daß er an der Nachlaßsteuer in der von den Regierungen vorgeschlagenen Form nicht weiter festhalte.** Statt nun, was das einzig Würdige gewesen wäre, den Hut zu nehmen und nach Hause zu gehen, blieben die Liberalen ruhig weiter und schacherten mit den Konservativen um den **Kaffeezoll** und weitere „kleinere Steuern". Bülow weiß, was er seinen Leuten bieten darf.

Nach dem „Matin" soll der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten haben, in der er die Lage am Balkan mit einem Pulverfaß verglich, neben dem die brennende Lunte liege, und es als eine patriotische Pflicht bezeichnete, angesichts dieser auswärtigen Lage dem gefährlichen Zustand im Innern ein Ende zu machen. Das offiziöse Telegraphenbureau erklärt, diese Meldung sei vollständig erfunden. Für diesen Fall kann man dem „Matin" nur gratulieren zu dem ausgezeichneten Erfinder, den er in Berlin beschäftigt. Denn die Rede, die er dem Reichskanzler halten läßt, klingt, als hätte der Reichskanzler sie selber auf die Platte gesprochen, so deutlich sind Stimme und Tonfall der Rhetorik wieder zu erkennen. Es ist der wohlbekannte plumpe Trick, mit dem Fürst Bülow immer arbeitet, wenn seine Reichskanzlerschaft durch innere Schwierigkeiten gefährdet ist. Und wenn das offiziöse Telegraphenbureau recht hat, wenn Bülow die im „Matin" veröffentlichte Rede noch nicht gehalten hat, dann wird er sie noch halten, vielleicht auf dem — parlamentarischen Diner, das am Montag abend bei ihm stattfindet. Das „parlamentarische Diner" ist nämlich das zweite Mittel, das einem deutschen Reichskanzler in allen schwierigen Lebenslagen immer wieder hilft. Es wird ein Leichenschmaus für die eben begrabene Nachlaßsteuer werden, und deshalb sind diesmal auch — zum erstenmal wieder seit den Hottentottenwahlen — **Vertreter des Zentrums mit zu Tische geladen.** Zwischen Fisch und Braten wird das deutsche Volk betrogen!

Die Vertreter einiger bundesstaatlichen Regierungen, die zu den Beratungen über die Reichsfinanzreform nach Berlin kamen, sollen einigermaßen erstaunt darüber gewesen sein, wie vergnügt es sich in Berlin regieren läßt, und namentlich soll ihnen die Art, wie Bülow die Nachlaßsteuer ohne weiteres preisgab, wenig gefallen haben. Nach dem „Berl. Tagebl." sollen sogar die Finanzminister von Bayern und Württemberg ihrer Verstimmung über die Behandlung der Reichsfinanzreform durch den Reichskanzler offen Ausdruck gegeben haben. Diese Nachricht gehört zu jenen, die umso gewisser dementiert werden, je richtiger sie sein mögen. Die süddeutschen Regierungen werden sich aber davon überzeugen müssen, daß gegen die ostelbischen Junker nichts auszurichten ist, wenn man keine besseren Bundesgenossen hat als den Reichskanzler und den ihm ergebenen bürgerlichen Liberalismus

Die einzige Möglichkeit.

. . . Es gibt nur eine Möglichkeit: Erhöhung der indirekten Steuern. Wenn nur zehn Mark Erhöhung auf den Kopf der Bevölkerung eintritt, dann haben wir schon 600 Millionen Mark. Dabei dürfen wir keinen Respekt vor der Pfeife des kleinen Mannes und **keine allzugroße Angst vor der Sozialdemokratie** haben. Haben Sie schon die Pfeife des kleinen Mannes gesehen? (Zuruf: „Zigarette! Importen!")

So sprach das bekannte Herrenhausmitglied Herr v. Burgsdorff, der bei anderer Gelegenheit die engbrüstige, schmalwangige Erscheinung so vieler Bergarbeiter auf geschlechtliche Ausschweifungen zurückführte, zur Belehrung des Prof. Ad. Wagner in der berüchtigten Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Herr v. Burgsdorff wird seitdem die berüchtigende Zuversicht gewonnen haben, daß die Reichsfinanzreform **ganz nach seinem Rezept** gemacht werden wird. Fällt nämlich die Nachlaßsteuer — und sie ist schon gefallen — dann werden die indirekten Steuern, die den breiten Massen auferlegt werden, nicht bloß jetzt um 5 bis 6 Mark pro Kopf gesteigert werden, sondern man wird auch bei künftigem Finanzbedarf des Reiches auf den Massenverbrauch zurückgreifen, so daß das Ideal des Herrn v. Burgsdorff — zehn Mark mehr pro Kopf — in absehbarer Zeit erreicht werden dürfte. Heute betragen die Lasten an Zöllen und indirekten Steuern, die das deutsche Volk zu tragen hat, nach sorgfältiger Berechnung etwa 39 Mark pro Kopf, nach der Finanzreform sollen sie **44 bis 45 Mark pro Kopf** betragen.

So wollen es die Junker, und dazu helfen sie alle mit, **Zentrumsleute und Liberale!**

Der Etat des Polizeiministers.

Im preußischen Dreiklassenhause übte am Sonnabend Genosse Hirsch bei der zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern eine vernichtende Kritik an der inneren Politik Preußens. Er ging, wie das bei einem Sozialdemokraten selbstverständlich ist, aus von der Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts und der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Für dieses Ziel tritt die Sozialdemokratie mit der größten Entschiedenheit ein und wird, wenn sie es für nötig hält, dafür auch wieder auf den Straßen demonstrieren. Die Warnungen freisinniger Angstmeier und die junkerlichen Drohungen mit dem Militär können uns nicht abhalten, von diesem Mittel Gebrauch zu machen. Die Verantwortung für vorgekommene Ausschreitungen lehnte Genosse Hirsch ab und schob sie dem Treiben der Polizeispitzel zu. Damit öffnete sich unserm Redner ein weites Gebiet, dessen eingehende Behandlung zwar unangenehm, aber sehr nötig war. Der „Vo wärts" hat in den letzten Jahren über so zahlreiche Entlarvungen Berliner Kriminalbeamter durch unsere Genossen berichten können, daß es wundernehmen muß, wie sich immer noch so viel Elemente für diesen schmutzigen Beruf finden können. Genosse Hirsch ließ eine ganze Galerie Revue passieren und bereitete dem Hause mit kleinen Anekdoten aus dem Leben dieser Ehrenmänner einen Polizeischmaus. Auch die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, die Spitzel sonderlich zu fürchten. Denn einmal haben wir keine Geheimnisse, und dann lassen wir uns zu Provokationen von diesen Leuten nicht hinreißen. Trotzdem war es ein guter Einfall unseres Redners, gerade diese Kreaturen dem Prügelfreund Stroßer als Versuchsobjekte zu überweisen, wenn wir auch nicht annehmen, daß die Prügelstrafe bessernd wirken wird.

Dann vertrat unser Genosse die beiden von unserer Partei gestellten Anträge, von denen der eine eine grundlegende Reform der Städteordnung und vor allem die Einführung des gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen für die Wahlen zu den Gemeindekörperschaften verlangt und der andere die Ausübung politischer Rechte unabhängig machen will von dem Bezug von Armenunterstützung. Einen breiten Raum bei diesen Ausführungen nahm die Bekämpfung des Hausbesitzerprivilegs in Anspruch. Mit schlagenden Beispielen wies Hirsch vor allem für die Großstädte nach, wie schädlich, ja gemeingefährlich die Hausbesitzer in den Stadtverordneten-Versammlungen wirken, indem sie jede gesunde Boden- und Wohnungspolitik verhindern. Und dieser Uebermacht der Hausagrarier steht die große Masse der Arbeiter gegenüber, die, nahezu rechtlos, nur wenige Vertreter auf das Rathaus schicken können. Wie aber die Tätigkeit dieser wenigen sozialdemokratischen Stadtverordneten gewürdigt wird, das konnte unser Redner durch viele Zitate von politischen Gegnern der Sozialdemokratie nachweisen. Die polizeilichen Uebergriffe gegen sozialdemokratische Versammlungen und den Legitimationszwang für die ausländischen Arbeiter brandmarkte Hirsch mit scharfen Worten. Den Schluß seiner erschöpfenden Rede bildete ein Ausblick auf die freiheitliche Entwickelung der preußischen Verwaltung, wie wir sie uns denken. Natürlich ist diese Entwickelung nur möglich bei einem gleichen Wahlrecht, und so kam ganz logisch Hirsch auch hier zu der Forderung, die er zuerst aufgestellt hatte: **Beseitigung des jetzigen Wahlunrechts.**

Im übrigen brachte die Debatte einen bemerkenswert scharfen Vorstoß des Konservativen Heddebrand von der Lasa gegen den Minister. Der Regierungspräsident von Schleswig ist bekanntlich wegen seiner Ungeschicklichkeiten im Fall Schücking in dauernden Urlaub geschickt und in der offiziösen „Kölnischen Zeitung" war damals gesagt worden, das sei geschehen, um den Freisinn zu beruhigen. Gegen diese freisinnige Nebenregierung fand der konservative Redner auffallend scharfe Worte und verglich es mit der Nebenregierung des Zentrums vor den Tagen des Blocks. Unglaublich hilflos war die Erwiderung des Ministers. Im ganzen Hause entstand Lachen, als er von der Krankheit dieses Beamten sprach. Dabei hat doch der Schleswiger Regierungspräsident erst vom Minister erfahren, daß er — wegen Krankheit auf Urlaub gehen müsse. Am Montag geht die Beratung weiter.

Der Kampf der Bergarbeiter.

Am gestrigen Sonntag fanden in allen Stein- und Braunkohlenbezirken Deutschlands insgesamt 65 Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit der neuen **Berggesetznovelle der Regierung** und der geplanten **Kohlensteuer beschäftigten.** — Nachfolgende Resolution wurde in den stark besuchten Versammlungen angenommen:

„Die Bergarbeiterversammlung spricht ihr volles Einverständnis aus mit den einmütigen Beschlüssen des Bergarbeiterkongresses, welcher vom 1. bis 3. Februar d. J. in Berlin tagte. Die Versammlung kann insbesondere nur in einer **einheitlichen, reichsgesetzlichen Regelung eines besseren Bergarbeiterschutzes und des Knappschaftswesens** den einzig richtigen Weg zu besseren Zuständen im Bergarbeiterleben erblicken.

Die Versammelten können nur in völlig **freigestellten, vom Staate bezahlten, von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte mittels geheimer Wahl gewählten sachkundigen Grubenkontrolleuren** ein wirkliches Hilfsmittel sehen, wodurch es möglich wird, die erschreckend vielen Unfälle im Bergbau, auf eine **möglichst geringe Zahl zurückzuführen.** Hingegen solche vom Unternehmer abhängige, in Arbeit stehende Kontrolleure (Sicherheitsmänner genannt) können niemals den nötigen Einfluß gewinnen, um Ersprießliches leisten zu können, so daß dieses System nicht im geringsten den erhofften Erfolg bringen wird.

Aus dieser Ueberzeugung heraus ersucht die Versammlung den preußischen Landtag dringend, die von dem Ministerium vorgelegte Berggesetznovelle vom 8. Februar d. J. **abzulehnen** und die preußische Regierung zu veranlassen, daß sie im Bundesrat der vom Reichstag kürzlich einmütig beschlossenen **Einführung eines Reichsberggesetzes** endlich zustimmt, damit die Schichtzeit **einheitlich auf acht Stunden beschränkt,** die Grubenkontrolleure in obigem, von den Versammelten gutgeheißenen Sinne für das ganze Reich eingeführt, das **rigorose Strafwesen eingeschränkt** und auch das Knappschaftswesen einheitlich geregelt werden.

So wie der gothaische Landtag kürzlich einstimmig beschlossen hat, die gothaische Regierung solle im Bundesrat für Einführung eines Reichsberggesetzes stimmen, sollten auch der preußische Landtag und alle anderen Landesparlamente dieses Beispiel nachahmen. Tun sie es nicht, und stimmt der Bundesrat einer einheitlichen Regelung des Bergarbeiterschutzes wieder nicht zu, so sind diese Kreise allein verantwortlich, wenn im deutschen Bergbau **die menschenvernichtenden Mißstände** fortdauern. Die neuesten Massengräber von Grube Reden in Saarbrücken und Radbod in Westfalen sollten doch endlich alle Gesetzgeber zu durchgreifenden Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter veranlassen. Die vorgekommenen **3612 tödlichen Unfälle** im deutschen Bergbau in den letzten zwei Jahren, sind **eine Schmach,** die das deutsche Ansehen beeinträchtigt.

Das in der genannten preußischen Berggesetznovelle vorgeschlagene System der Sicherheitsmänner ist und kann kein durchgreifendes Heilmittel sein, sondern wird das Volk als ein Schlag ins Wasser erweisen. Wo es bisher eingeführt wurde (Saarbrücken und Sachsen) ist es **wirkungslos** geblieben. — Die Versammelten machen es allen Parlamentariern und Politikern zur Pflicht, ungesäumt für einheitlichen Bergarbeiterschutz **nach den Vorschlägen der Arbeiter** zu sorgen."

Gegen die Kohlensteuer.

„Die Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen den von agrarischer Seite gemachten Vorschlag, zur Beseitigung des Reichsfinanzdefizits eine **Kohlensteuer** (50 Pfennig pro geförderte Tonne) einzuführen. Wie die Machtverhältnisse in der Bergwerksindustrie heute liegen, würden die ganz außerordentlich stark kartellierten und syndizierten Werksbesitzer ohne Schwierigkeiten entweder durch **Heraufsetzung der Kohlen-, Koks- und Brikettpreise** oder durch **Lohnreduzierung** die Kohlensteuer auf die **Konsumenten** oder auf die schon jetzt mit Lohnkürzungen, Feierschichten und Entlassungen bedachten **Grubenarbeiter** abzuwälzen. Das ist übrigens schon von den Werksbesitzerorganen unverhohlen angekündigt worden. Die Kohlensteuer würde also in Wirklichkeit nicht von den Werksbesitzern getragen werden, sondern sie wäre eine neue indirekte Belastung des Volkes, die gerade den **ärmsten Haushalt** am empfindlichsten träfe. Die Versammlung fordert den Reichstag auf, überhaupt alle den Lebens-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0001

unterhalt der breiten Massen weiter verteuernden Steuern abzulehnen und nur solche zu bewilligen, die in direkter und für die Reichsbedürfnisse ausreichender Weise die **besitzenden Volksschichten** belasten."

Politische Uebersicht.

Halle, den 1. März 1909.

Die Kolonialpolitik vor dem Reichstage.

Der uralte Konkurrenzkampf innerhalb der Herrschenden, den schon der alte Grieche Homer als Kampf zwischen dem Priester Kalchas und dem König Agamemnon besingt, hat gerade auf dem Gebiet der Kolonialpolitik seit vier Jahrhunderten in vollster Stärke getobt. Gleich nach der Entdeckung Amerikas begann der Kampf zwischen Säbel und Weihwedel, dessen Gegenstand die braunen Eingeborenen der neuen Welt waren. Es soll nicht verkannt werden, daß speziell die Dominikanermönche in mutvoller und bisweilen aufopfernder Weise gegen die grausige, ganze Bevölkerungen vernichtende Ausbeutungs- und Ausrottungspolitik aufgetreten sind, die von der mit Land und Leuten belehnten spanischen Eroberer-Soldateska in jenen Ländern betrieben wurde. Mit dem Dominikanerbruder Antonio Montesineto wurde in einer westindischen Kathedrale von den wütenden Sklavenhaltern, denen er ihre Sünden vorhielt, umgesprungen, wie mit dem Professor Adolf Wagner bei den Steuer- und Wirtschaftsreformern. In Peru rettete ein priesterlicher Vizekönig, Pedro da Gastra das, was noch übrig war von den Eingeborenen, vor der völligen Ausrottung durch die Säbelherrschaft spanischer Eroberer.

Diese historischen Erinnerungen wurden in uns wachgerufen, als wir am Sonnabend im Deutschen Reichstage den Kampf zwischen den Systemen Dernburg und Trotha fortgesetzt sahen. Dernburg, der bei der Zangengeburt des Blocks Hebammendienste leistete, ist durch die Logik der Tatsachen auf die Seite der kolonialen Missionspolitik gedrängt worden. Wohl nicht aus innerer Neigung. Bei Bankleuten pflegt die Glaubensinbrunst schwach entwickelt zu sein. Die Sache ist einfach die: eine halbwegs vernünftige kommerzielle Kolonialpolitik bedarf immerhin einer gewissen Schonung der Eingeborenen. Die Missionare, obwohl keineswegs abgeneigt, außer den Seelen der Eingeborenen auch ihrer Hände sich dienstbar zu machen, sind doch heute wie zur Zeit der spanischen Konquistadoren die Schützer der Farbigen gegen allzu unverschleierte und allzu brutale Ausbeutung durch die Sklavenhalter. So hat Dernburg wohl oder übel die blutgedüngten Pfade verlassen müssen, die unter dem Segen Arendts die Liebert und die Trotha gewandelt sind. Daher die Ausbrüche wahrhaft alttestamentlicher Wut, mit denen der Anwalt der Ausbeuter-Interessen Arendt den Staatssekretär verfolgt; daher die ewigen Anklagen der ostafrikanischen Pflanzer, für die am Sonnabend wieder der weinerliche nationalliberale Augenarzt Arning eintrat, daher auch die sonderbare Erscheinung, daß das Zentrum, der alte Gegner Dernburgs, ihm wie schon am Freitag durch Schwartze-Lippstadt, so jetzt am Sonnabend durch Erzberger ein so gut wie uneingeschränktes Vertrauensvotum ausstellen ließ.

Wir unsererseits haben keinen Grund, uns in den Kampf zwischen Krieger und Priester einzumischen. Wie Genosse Eichhorn in vortrefflicher Rede ausführte: die Kolonialpolitik ist und bleibt ihrem inneren Wesen nach Ausbeutungspolitik. Immerhin: gegenüber der Neuauflage spanischer Kolonialgreuel bleibt das Zwitterding von kommerzieller und Missionspolitik entschieden das kleinere Uebel. Wir stimmen nicht ein in die Jubelhymnen, die das Zentrum jetzt zu Ehren Dernburgs singt; aber noch viel weniger beteiligen wir uns an den widerwärtigen Quertreibereien der Lattmann, der Arendt und anderer sich christlich nennender Freunde der Sklavenhalter.

Am Montag wird die Kolonialdebatte fortgesetzt.

Wie man mit dem Gelde wüstet!

An Umzugskosten wurden dem jetzigen Statthalter von Elsaß-Lothringen 19447,03 Mk. gewährt. Die „erforderlichen" Ausführungen im Statthalter-Palais in Straßburg kosteten 37811,81 Mk., die Renovierung der Geschäftsräume 5620,26 Mk., die Repräsentationskosten wurden infolge der „Sparsamkeit" beim Statthalterwechsel um 33333,32 Mk. überschritten. Insgesamt macht das 96242,43 Mk. Fast 100,000 Mk. muß also das elsaß-lothringische Volk an einmaligen Ausgaben für die ganz unnötige Sache der Statthalterschaft infolge des Wechsels der Person blechen. Für Verbesserung der Arbeiterlöhne, der Beamten- und Lehrergehälter hat man nicht so schnell 100,000 Mk. bei der Hand.

Wieder ein kommunaler Wahlrechtsraub!

Aus Kiel meldet man dem „Vorwärts":

Soeben wird eine Magistratsvorlage bekannt für eine plötzlich einberufene Sitzung der städtischen Kollegien zum 2. März. Die Vorlage fordert die Zustimmung der Stadtverordneten zu einem Gesuch an die Staatsregierung, ein Notgesetz für Kiel zu schaffen. Das Gesetz soll enthalten statt des bisher gleichen Wahrechts ein Dreiklassenwahlrecht mit der Rixdorfer Verschärfung, ferner statt der bisherigen Wahl des Magistrats durch die Bürgerschaft durch die Stadtverordneten. Verlangt wird ferner die Erhöhung der Stadtverordnetenzahl von 30 auf 54. Der Gesetzentwurf soll so beschleunigt werden, daß die Staatsregierung ihn dem Provinziallandtag in Kiel am 21. März 1909 vorlegen kann.

In der Begründung der Vorlage war die Befürchtung ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie in nicht ferner Zeit sämtliche Stadtverordnetenplätze besetzen werde.

In Kiel besteht zurzeit, wie auch in den übrigen schleswig-holsteinischen Städten, ein nur durch einen allerdings hohen Zensus eingeschränktes gleiches Wahlrecht. Da es trotz des Zensus der rührigen Kieler Sozialdemokratie gelungen ist, eine ganze Anzahl von Mandaten zu erobern, will man jetzt durch Einführung der kommunalen Dreiklassenschmach, die noch nach dem Rixdorfer Vorbild verschärft werden soll, der Sozialdemokratie ein unübersteigliches Bollwerk entgegenstellen.

Und das, trotzdem gerade der langjährige Kieler Oberbürgermeister Fuß der kommunalen Mitarbeit der Sozialdemokratie auf Grund seiner Kieler Erfahrungen unlängst noch das denkbar günstigste Zeugnis ausgestellt hat!

Die Kieler Hausagrarier wollen aber die Sozialdemokratie in einer einflußlosen Minorität erhalten, deshalb ihr Antrag! Und wie es scheint, ist der politisch in bürgerlichen Kreisen dominierende Freisinn in Kiel kommunalpolitisch so ohnmächtig oder so jämmerlich geworden, daß er dieses Attentat auf das Kommunalwahlrecht nicht verhindern könnte, respektive mitmacht!

Eine neue Wahlrechtsverschlechterung.

Ein neues Landtagswahlgesetz soll jetzt auch für Sachsen-Weimar geschaffen werden. Der Entwurf desselben ist dem Landtage zugegangen. Danach wird das bestehende Gesetz durch Erweiterung der Privilegiertenwahlen verschlechtert. Bisher wählten die Großagrarier und die Höchstbesteuerten je fünf Abgeordnete; dieses Vorrecht soll erhalten bleiben. Außerdem sollen jetzt von der Universität in Jena, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Landwirtschaftskammer und der Arbeiterkammer je ein Abgeordneter gewählt werden. 23 Abgeordnete sollen auf Grund eines allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewählt werden, doch sind Zusatzstimmen in Aussicht genommen worden. Damit würde die Zahl der Abgeordneten von 33 auf 38 erhöht, aber auch eine Verschlechterung des bestehenden Gesetzes herbeigeführt werden.

Der Umzugsschwindel.

Im Wahlkreise Hoya-Syke-Verden hat bekanntlich eine Reichstagsersatzwahl stattzufinden, da der arg kompromittierte Herr Held sein Mandat niedergelegt hat. Aus diesem Anlaß verbreiteten „Kreuz-Zeitung" und „Freisinnige Zeitung" Ende Februar 1909 folgende Nachricht:

„Wie verlautet, hat die Sozialdemokratie, nur für die Zeit der Wahl, 1000, nach anderen Angaben sogar 1600 wahlberechtigte Arbeiter von Bremen nach Hemelingen, Achim und sonstigen an der Bremer Bahn liegenden Orten schon so früh abkommandiert, daß sie, in die Wählerlisten des 6. Wahlkreises eingetragen, dort wählen dürfen."

Die „Kreuzzeitung" knüpft hieran noch eine gegen das Reichstagswahlrecht gerichtete Bemerkung:

„Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 soll die Umsturzpartei durch rechtzeitige Verschiebung waschechter Anhänger aus sicheren in Wahlkreise, wo nur wenig an einem Siege der Sozialdemokraten fehlte, mehrfach den Wahlausgang zu ihren Gunsten entschieden haben. Es fehlt ja dieser Partei weder an Geld noch an Skrupellosigkeit, um solche „Korrekturen" des „Volkswillens" vorzunehmen. Vorgebeugt kann solchen Versuchen nur werden, wenn die Wahlberechtigung an die Dauer eines bestimmten Aufenthalts am Wahlorte geknüpft wird, wie z. B. in Frankreich, wo mindestens ½jähriger Aufenthalt, oder in Belgien und anderen Staaten, wo einjähriger Aufenthalt in der Gemeinde Vorbedingung ist. Bei Terminen von solcher Dauer, würden Abschiebungen in großem Maßstabe zur Unmöglichkeit werden."

Dieser Ausfall veranlaßte die „Freisinnige Zeitung", in Nr. 46 vom 24. Februar 1906, folgende Klage zu erheben:

„Man sieht auch hier wieder, daß gerade die Sozialdemokraten der Reaktion Waffen zur Verschlechterung des gegenwärtigen Rechtszustandes liefern."

Die „Freisinnige Zeitung" gibt die „Kreuzzeitungs-Notiz mit Behagen wieder, obgleich sie sehr wohl weiß, daß derartige Anschuldigungen gegen die Sozialdemokratie, so alt sie sind, sich noch immer als **Lügen entpuppt** haben. Gerade die „Umzugslüge" kann auf ein sehr hohes Alter zurückblicken. Schon bei den **Wahlen von 1887** wurde mehrfach behauptet, daß die Sozialdemokraten in Hamburg z. B. vor der Aufstellung der Wahllisten planmäßig einen Teil ihrer Anhänger Wohnung in solchen Wahlkreisen nehmen ließen, in welchen ihnen eine Verstärkung der sozialdemokratischen Stimmen besonders erwünscht sei. Dieselbe Anschuldigung wiederholte sich bei den Wahlen vom Februar 1890. Damals fügte man dieser Behauptung noch die Mitteilung hinzu, daß sozialdemokratische Wähler vielfach doppelt gewählt hätten, nämlich an ihrem Wohnort und an dem Ort, wo sie arbeiteten. Nach einer Behauptung der „Post" vom März 1890 sollten allein in Hamburg nicht weniger als 8000 Sozialdemokraten diesen Wahlkniff verübt haben. Als man dann der Anschuldigung von Amts wegen auf den Grund gegangen war, stellte sich Mitte Mai 1890 heraus, daß im ganzen in Hamburg **vier Mann** (!) doppelt gewählt hatten und daß von diesen vier Personen ihrer Stellung im öffentlichen Leben und ihrer Gesinnung nach anzunehmen war, daß sie zu den „Reichstreuen" gehörten.

Derartige Blamagen haben die Ordnungsstützen natürlich nicht abgehalten, gegen die Sozialdemokratie immer von neuem mit den alten Verleumdungen zu operieren. Das ist das Schöne an dem Kampf für Ordnung, Religion und Sitte, daß er für seine treudeutschen Streiter die Anstandsregeln des gelobten bürgerlichen Lebens ein für allemal außer Kraft setzt.

Deutsches Reich.

— **Das Riesendefizit.** Bereits in den ersten zehn Monaten des Etatsjahres 1908 haben die Zölle gegen das Vorjahr ein Minus von nahezu 94 Millionen Mark gebracht. Zurückgegangen sind unter anderem auch die Erträge des Stempels auf Frachturkunden, auf Personenfahrkarten und auf Tantiemen.

— **Bei der Reichstags-Ersatzwahl in Verden-Hoya** (6. hannoverscher Wahlkreis), erhielt Dr. Heiligenstadt (natl.) 5838, Harries-Henzen (frei-kons.) 3437, Dr. Lewin (Freis. Volkspartei) 3155, von Dannenberg (Welfe) 6220 und Henke (Soz.) 3892 Stimmen. Demnach dürfte Stichwahl zwischen Heiligenstadt und v. Dannenberg stattfinden.

In diesem Wahlkampfe war es unsern Genossen gelungen, in einer ganzen Anzahl von Orten Lokale zu bekommen, in denen wir in früheren Wahlkämpfen eine Möglichkeit zur Abhaltung von Versammlungen nicht hatten. Die bürgerlichen Parteien haben — trotz der großen Zahl der Kandidaten — um 669 Stimmen abgenommen, während unser Genosse Henke 401 Stimme mehr erhielt. In einigen Orten war unsere Stimmen-Zunahme ganz erheblich, so z. B. in Twistringen, wo wir 1907: 27 und diesmal 139 Stimmen erhielten.

— **Mandatsniederlegung.** Der Reichstagsabgeordnete für den Stadt- und Landkreis Posen, Rechtsanwalt Chrzanoſki hat sein Mandat niedergelegt. Der Nachfolger dürfte voraussichtlich der Arbeitersekretär Paul Piotrowski werden.

— **Wahlrechtsreform in Hessen.** Die erste hessische Kammer hat einstimmig einen Ausschuß-Antrag angenommen, dem Antrage der zweiten Kammer zuzustimmen, welcher dahin geht, daß die Regierung baldigst eine neue Wahlrechts-Vorlage auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes vorlege in Verbindung mit Gesetzentwürfen über Abänderung der Verfassung und der Wahlkreis-Einteilung.

— **Eine Spitze?** Unter der Spitzmarke „Ernennung" läßt sich die „Kreuzzeitung" unter dem 26. Februar aus Stuttgart melden: Der Oberamtmann Seitz in Vaihingen an der Enz, der im Januar v. Js. durch seinen reichsfeindlichen Kaisertoast von sich reden gemacht hat, ist gestern, am Geburtstage des Königs, außer der Tour, da er auf seiner Stelle bleibt, zum Regierungsrat ernannt worden.

Die Balkankrise.

Serbische Rüstungen.

Belgrad, 28. Februar. Die Kriegs-Vorbereitungen werden fieberhaft fortgesetzt. Der Kriegsminister, der vom Ministerrat und der Skupschtina vollständig freie Hand in allen militärischen Fragen erhalten hat, hat denjenigen ausländischen Firmen, denen Munitions-Lieferungen übertragen sind, die notwendigen Summen angewiesen, damit diese Lieferungen beschleunigt werden. Auch wurden Maßregeln zur Verstärkung des Grenzwachdienstes getroffen. Abteilungen des 18. und 7. Regiments sind aus verschie-

---

29]

Berthold Meryan.

[Nachdr. verb.

Roman von Cornelie Huygens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Bertholds Freundschaft mit Robert Kant ließ keinen Augenblick nach. Wem Berthold sich einmal hingegeben hatte, an dem hielt er auch fest. Robert Kant galt ihm nicht bloß als die personifizierte Biederkeit und Ehrlichkeit, sondern er fühlte sich auch von dem Ruhigsorglosen und Sich-immer-gleich-Bleibenden, was ihn charakterisierte, mächtig angezogen. Wenn nach einer Periode von toller Ausgelassenheit und wilder Genußsucht Bertholds ernste, analysierende Natur wieder durchdrang und ihn schwermütig machte, wirkte Roberts philosophischer Lebenslakonismus wie eine angenehme Betäubung. Der von den verschiedensten Elementen zusammengesetzte Einfluß, dem er nun unterworfen war, hatte auch die Wirkung, daß sich die steilsten Berge seines bisherigen Lebensweges zu Maulwurfshaufen verkleinerten und zugleich ihn selbst zu den allergewöhnlichsten Dimensionen zusammenschrumpfen ließen. Ersteres verursachte ihm kein Unbehagen, aber in dem letzteren empfand er ein Gefühl der Schwäche, der Willenlosigkeit und Entmutigung . . . . . als ob das Leben, wie es sich schließlich herausstellte, eigentlich gar nicht wert sei, durchlebt zu werden.

Anfangs war diese Empfindung nur nebelhaft und unbestimmt, als sie aber immer deutlicher und klarer zur Geltung kam und seine Ueberzeugung wurde, die ihn wider seinen Willen peinigte, fühlte er sich darüber sehr beunruhigt und suchte sich durch neue Zerstreuungen und Ausschweifungen so lange darüber hinwegzutäuschen, bis er endlich, als er sah, daß dieses Gefühl dennoch hartnäckig zurückkehrte, seiner Vorliebe für Untersuchung und Analyse auch in dieser Richtung freien Spielraum gab. Aeußerlich blieb er unverändert, war er immer in den vordersten Reihen seiner lustigen Brüder, studierte weniger denn je und stand viel besser bei seinen Lieferanten als wie bei seinen Professoren angeschrieben.

„Wie warst Du in der ersten Zeit doch noch so grasgrün!" sagte Robert eines Abends, als nach einer ziemlich ruhig verlaufenen Lustpartie die übrigen fortgegangen und sie beide allein in seiner Wohnung zurückgeblieben waren, um sich noch ein wenig zu unterhalten. „Wenn Du, anstatt aus der Hauptstadt, aus der flachsten Gegend unseres Landes gekommen wärest, hätte ich nicht mehr Mühe mit Dir haben können."

Berthold lachte.

„Welchen Grund hattest Du doch eigentlich, Dich mit mir einzulassen? Mein erster Eindruck auf Dich muß ja jammervoll gewesen sein. Du hast mich bestimmt für einen eingebildeten Affen gehalten, nicht wahr?"

„Nein, eher glaubte ich, Du hättest Anlage für eine spätere Gelehrten-Karikatur, die mir ein Greuel ist. Ich hatte von Deiner Tüchtigkeit schon gehört — sonst hätte ich von Dir natürlich keine weitere Notiz genommen — und ich freue mich immer, wenn der Intellekt auf den physischen Körper günstig einwirkt und umgekehrt in fortwährender Wechselwirkung. Das gehört zum Wesen meiner monistischen Lebensanschauung. Ich wollte versuchen, bei diesem Prozeß etwas zu helfen, und dieses Experiment lachte mir zu. Du warst in Deiner eigenen Natur festgeklemmt wie eine verpuppte Raupe, und Du hattest unbedingt Hilfe nötig, um in neuer Form aus Deiner Puppe herauszukriechen."

„Und bin ich nun Deiner Meinung nach heraus?"

„So ziemlich wenigstens . . . . aber mit dem Fliegen will's noch nicht recht gehen. Du kannst die Flügel noch nicht richtig ausbreiten. Sie flattern so ungeschickt und so sonderbar, als wenn ihnen das Gleichgewicht fehlte. Aber das wird schon kommen."

„Wer hat Dir denn nur geholfen?" fragte Berthold, sich eine Zigarre anzündend. Auf dringendes Verlangen seines Freundes hatte er zu rauchen begonnen und konnte es nun keine Stunde mehr entbehren.

„Mir? . . . Niemand, glaube ich. Es ging bei mir mehr von selbst. Als ich herkam, hatte ich meine Flegeljahre schon größtenteils überstanden. Je komplizierter die Natur, um so schwieriger scheint die Lebensinitiation zu sein; und Deine Natur ist viel verwickelter als die meinige; das wird mir von Tag zu Tag klarer."

„In welcher Hinsicht denn?" fragte Berthold schnell.

„Das weiß ich eben noch nicht; das suche ich ja gerade. Aber ich glaube fast . . . ich fürchte sogar . . ."

Hier hielt Robert inne und machte ein bedenkliches Gesicht etwa wie ein Arzt, der mit seiner Diagnose fertig ist und sich fürchtet, dem Patienten das schlimmste zu sagen.

„Nun, was meinst Du denn, und was fürchtest Du nur?" fragte Berthold in Spannung.

„Daß Du mit einer recht traurigen Krankheit, mit dem schlimmsten, verhängnisvollsten Uebel unseres Jahrhunderts behaftet, daß Du mit einem Wort . . . . . ein Idealist bist."

Ein langes Stillschweigen folgte diesen Worten.

Berthold, der in der letzten Zeit sich wirklich bewußt war, an einer geistigen Krankheit zu leiden, aber etwas anderes zu hören erwartet hatte, dachte geraume Zeit nach.

„Was verstehst Du unter dem Wort Idealist?" fragte er endlich.

„Was ich darunter verstehe, werde ich Dir mit wenigen Worten auseinandersetzen," antwortete Robert, indem er in seiner bequemen Haltung auf der Chaiselongue sich das Kopfkissen ein wenig zurecht rückte. „Ein Idealist ist ein Wesen, welches sich zunächst die Welt ganz auf eigne Faust vorstellt. Wir tun das freilich alle, da wir die Wirklichkeit ja nicht unmittelbar sehen, sondern davon nur unsere eigene, subjektive Vorstellung, nämlich die spezielle Art der Einwirkung auf unsere Sinne und auf unsern Geist wahrnehmen können. Ein Idealist ist nun jemand, bei dem die Realität immer auf eine ganz andere Weise einwirkt wie bei den . . . Nicht-Idealisten. Aus diesem Grunde gerät er mit sieben Achteln der Menschheit sofort in Konflikt — was gewiß sehr ungesellig ist. Ferner hat er die Eigentümlichkeit, bei diesen sieben Achteln der Menschheit — die zu ihm ebenso passen wie z. B. Feuer zu Eis — die eigenartigen Ansichten und das eigenartige Benehmen, wie man es bloß von einem Vollblut-Idealisten erwarten darf, immerfort wieder vorauszusetzen . . . Du kannst Dir nun so ungefähr vorstellen, wie gesellig eine solche Existenz sein muß, wie hilflos er jedesmal aus seiner idealen Sphäre auf den harten, unelastischen Boden der Erfahrung herunterplumpst . . . . . natürlich zum größten Gaudium der Umstehenden.

„Nun, mein Wertester, findest Du dieses Bild nicht frappant ähnlich?"

„Nein, keineswegs . . . . ich habe viel mehr Anlage zum Misanthropen, als zum Idealisten."

„Natürlich! enttäuschte und zurückgesetzte Idealisten werden immer Misanthropen, Pessimisten, Skeptiker oder wie man sie sonst nennen will. In der Literatur heißen sie Dekadenten. Früher fanden diese armen Tröpfe immer einen sichern Unterschlupf . . . in der Religion. Dort hatte ihre Phantasie freien Spielraum. Die Welt — die Vorstellung ihrer sinnlichen Wahrnehmung, ließ sie unbefriedigt. Sie stiegen zu einer bessern, unsichtbaren Welt empor, die sie sich je nach ihren geistigen Bedürfnissen zurecht legten. Alsdann waren sie fertig und fühlten sich in ihrem Mystizismus überglücklich. In unserm Jahrhundert der wissenschaftlichen Forschungen und der Popularisierung ihrer Resultate wissen sie aber mit sich selbst und mit ihren Bestrebungen keinen Rat. Sie möchten die Welt oder vielmehr die Menschen durchaus anders haben, als wie sie sind, entbehren der Kraft, sich dem Bestehenden anzupassen, und werden schließlich moralisch krank."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0002

denen Städten an die Grenze abgegangen. Wie es heißt, wird man Belgrad so viel als möglich militärisch räumen, um alle Streitkräfte des Landes im gebirgigen Innern des Landes in starken Verteidigungs-Stellungen zu konzentrieren.

Wien, 28. Februar. Die Mobilisierung zweier Divisionen in Serbien, der Donau- und der Drina-Division, wird in verläßlichen Berichten aus Belgrad und Sofia bestätigt, während die Regierung diese wie andere Rüstungen leugnet. Die serbische Regierung beharrte auch auf einem neuen Kriegs-Kredit von 33 Millionen Franks und die Skupschtina hat ihn unter dem Einflusse der Verstimmung über die Unterzeichnung des österreichischen Protokolls auch bewilligt.

Rußlands zweideutige Haltung.

Paris, 28. Februar. „Petit Parisien" meldet, daß ein gestern im Ministerium des Aeußeren eingegangenes Telegramm große Enttäuschung hervorgerufen habe. Die Entscheidung Rußlands in der Orientfrage ist nach diesem Telegramm noch nicht erfolgt. Daß Petersburger Kabinett soll den deutschen Vorschlägen mit Mißtrauen gegenüberstehen. Die Haltung Rußlands wird verschiedentlich dahin gedeutet, daß sie eine Verzögerung in der Lösung der Orientfrage herbeiführe, während die Pessimisten in ihr bereits die Ablehnung Rußlands, sich an dem geplanten Schritt der Mächte zu beteiligen, erblicken.

Ein Krieg unvermeidlich?

Belgrad, 28. Februar. Mit großer Spannung erwartet man hier die weitere Entwicklung der Ereignisse. Selbst jene Kreise, die bisher glaubten, die Differenzen zwischen Oestreich-Ungarn, Serbien und Montenegro könnten doch friedlich beigelegt werden, verlieren schon jede Hoffnung und neigen der Ansicht zu, ein Krieg sei unvermeidlich, weil sich Serbien keinesfalls mit wirtschaftlichen Vorteilen zufrieden geben könne.

Der Zweck der Uebung?

Lemberg, 28. Februar. Wie der „Glos" meldet, dauern die russischen Truppenverschiebungen an der galizischen Grenze ununterbrochen fort.

Oesterreich-Ungarn.

Die Reaktion an der Arbeit.

Die Verfolgungswut des ungarischen Koalitionsministeriums gegen die Arbeiterschaft feiert wahre Orgien: Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird mit zahlreichen Prozessen beglückt, die Redakteure mit hohen Geldstrafen und vielen Monaten Kerker bestraft, die Organisationen verfallen der Auflösung. In der Provinz tritt die Polizei mit immer größerer Brutalität auf, zynischer denn je verhöhnt sie Gesetz und Recht. Wie die allmächtigen Stuhlrichter in der Provinz, so die Zentralgewalt. Nach den in der Provinz massenhaft aufgelösten Ortsgruppen kamen die Organisationen der Hauptstadt an die Reihe. Kaum waren die Ortsgruppen des Landarbeiterverbandes aufgelöst, erfolgte die Suspendierung der Fachsektion der Bauarbeiter und hierauf wurden fast wöchentlich andere Gewerkschaften aufgelöst. Nach diesen kleineren Räubereien kam der große Einbruch. Die Suspendierung der Zentrale des Eisen- und Metallarbeiterverbandes und dessen sämtliche Ortsgruppen, ferner die Fachsektion der Tischler Budapests haben die Reihe der ungesetzlichen Eingriffe noch immer nicht abgeschlossen. Trotzdem die Arbeiterschaft der Hauptstadt mit dem 24stündigen Massenstreik und den zahllosen Versammlungen den Häschern die würdige Antwort abgab, scheint dies nicht genug, und so hat der schwarze Graf vergangenen Freitag die Organisationen der Fuhrwerker und Kaffeehausgehilfen suspendiert

Wenn die Regierung aber glaubt, daß sie jemals der Arbeiterbewegung Herr werde, so täuscht sie sich eben so sehr, wie ehedem die Gewalthaber in Deutschland, als sie das Schandgesetz gegen die Sozialdemokraten schufen. Sind auch die Organisationen zertrümmert, die Solidarität der Klasse ist stark genug und sie wird nur noch mächtiger entfaltet im Kampfe gegen die Unterdrückung — alle Hindernisse zu überwinden.

An Stelle der straffen Zentralverbände werden die losen freien Organisationen mehr ausgebaut, über die Partei und Gewerkschaft schon heute verfügt. Diese werden nicht angemeldet, brauchen keine Genehmigung und ihre Beschlüsse werden nicht insgeheim gefaßt und vollzogen. Einen ganz neuen Ausweg aber haben die Fuhrwerksarbeiter gefunden, indem sie ihre neue Organisation unter den Schutz des Privateigentums stellten. Damit wird es der Regierung unmöglich gemacht, die neue Organisation zugrunde zu richten. Alles einfließende Geld ist das Eigentum des Herausgebers des Fachorgans der Fuhrwerksarbeiter, „Der Kampf", der über das Geld frei verfügen kann. Der Herausgeber kann den Abonnenten viel mehr Vorteile bieten als der Fachverein. Statt der bisher 7 K. betragenden Arbeitslosenunterstützung gibt der Herausgeber von nun an 10 K. Die Abonnenten, also die Arbeiter — der gleichfalls abonnierende Minister des Innern auf keinen Fall —, haben bei der demokratischen Unternehmung des Herausgebers das volle Recht, Kontrolle zu üben. Dem Beispiel der Fuhrwerker wollen auch die Caféhausangestellten und andere folgen. Auf keinen Fall wird es der Reaktion gelingen, die Arbeiterklasse gänzlich niederzudrücken, so sehr sie auch wütet und die Gesetze mit Füßen tritt.

Schweiz.

Zum deutsch-schweizerischen Mehlkonflikt.

Die Schweizer Müller wollen nun versuchen, sich der Konkurrenz des deutschen Mehles durch Preisunterbietung zu erwehren. Sie verlangen die Aufhebung des schweizerischen Eingangszolles auf Weizen; Ermäßigung der Frachttarife für Weizen auf den Bundesbahnen; Errichtung von Lagerräumen für Weizen innerhalb der Landesgrenzen; Gewährung von Lagerfreiheit.

Mit solchen Maßnahmen läßt sich jedenfalls noch eher etwas erreichen, als mit dem von den Schweizer Müllern empfohlenen Boykott deutscher Waren.

Belgien.

Gleiche Seelen finden sich.

Brüssel, 28. Februar. Zwischen den konservativen Klerikalen und den unabhängigen Klerikalen wurde für die im Jahre 1910 stattfindenden Kammerwahlen für den Wahlbezirk Brüssel ein Wahlbündnis abgeschlossen.

Parteinachrichten.

Wie über Sozialdemokraten Recht gesprochen wird, zeigt eine Schöffengerichtsverhandlung in Oberweißbach (Thüringen), wo sich Genosse Redakteur Zorn vom Saalfelder „Volksblatt" wegen angeblicher Beleidigung des Porzellanfabrikanten Hertwig in Katzhütte zu verantworten hatte. Diese „Beleidigung" wurde in einer Korrespondenz gefunden, die sich mit der Katzhütter Gemeinderatswahl und mit der Person Hertwigs beschäftigte; der Ankläger beantragte, trotzdem die Notiz im allgemeinen nichts Beleidigendes erkennen läßt, einen Monat Gefängnis und das Gericht erkannte auch auf diese Strafe.

Der Amtsrichter führte dabei aus: „Auf Geldstrafe wurde deshalb nicht erkannt, weil in solchen Fällen der Verurteilte die Strafe doch nicht zahle, sondern die Arbeitergroschen herhalten müßten. Wir wollen den armen Arbeitern die Arbeitergroschen nicht abnehmen."

Eine andere traurige Erfahrung, die so manche Redaktion eines Arbeiterblattes schon gemacht hat, bestand noch darin, daß die geladenen Entlastungszeugen versagten, als sie die im Artikel enthaltenen Behauptungen bekräftigen sollten; sie beeideten sogar teilweise das Gegenteil. Durch die Unzuverlässigkeit der Gewährsmänner gelang es deshalb nicht, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. — — Gegen das drakonische Urteil wird Berufung eingelegt.

Dresdener Wahlrechtsprozesse. Am Sonnabend fand vor dem Dresdener Schöffengericht der Prozeß gegen den Stadtverordneten Genossen Kühn statt. Kühn soll am Wahlrechtssonntag bei seiner Verhaftung das Vorgehen der Polizei gegen ihn als „unverschämt" und „gemein" bezeichnet haben. Drei Gendarmen traten als Zeugen auf; einer hatte überhaupt nichts gehört, der zweite hatte nichts Genaues gehört, der dritte beschwor aber die behaupteten Aeußerungen. Gegenzeugen wurden nicht vernommen, und so wurde Genosse Kühn auf die Aussage des Schutzmanns hin zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Rechtsanwalt Giese ging scharf mit den Zeugen ins Gericht und charakterisierte treffend die Handlungsweise der Polizei.

Interessant ist bei dem Prozeß noch, daß der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Spöttel in einer Zuschrift an den Rechtsanwalt sein Erstaunen darüber ausgedrückt hat, daß den Polizeibeamten die von ihm — Spöttel — unterzeichnete Legitimation nicht genügt habe, sondern daß sie Kühn trotzdem zur Wache beförderten.

Aus der Jugendbewegung.

Das Vereins- und Versammlungsrecht der Jugend.

Bekanntlich verwies v. Bethmann-Hollweg bei der Beratung des Vereins- und Versammlungsrechtes darauf, daß der Jugend gegenüber das „Schul- und Lehrauffichtsrecht" ausreiche, etwaige Organisationsversuche einzudämmen. Dieser Wink wird nun, wie wir hören, noch auf ausdrückliche Anregung des preußischen Ministeriums des Inneren, überall befolgt.

Die Königsberger Handwerkskammer hat jetzt auch, der Berliner Handwerkskammer folgend, Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens einschließlich eines neuen Normallehrvertrages erörtert und beschlossen. Vom Minister war der Berliner Lehrvertrag empfohlen worden; die Kammern Königsberg und Insterburg haben sich deshalb auf einen, dem Berliner gleichlautenden Lehrvertrag geeinigt, der den Lehrlingen das Vereinsrecht raubt.

Während man damit einen Beschluß faßte, der die freie Jugendbewegung treffen soll, bewilligte die Kammer für christliche und patriotische Lehrlings- und Jünglingsvereine eine Beihilfe von 200 Mk. pro Jahr, damit diese mehr gegen unsere Bestrebungen zu Felde ziehen sollen.

Soziales.

Die Witwen von Radbod verklagen den Kronprinzen.

Die Witwen der Radbodер Verunglückten haben einen Rechtsanwalt beauftragt, den Kronprinzen und den Oberpräsidenten von Westfalen aufsofortige Herausgabe der Unterstützungsgelder zu verklagen.

Bekanntlich protestieren die Witwen gegen das vom Hilfskomitee in Aussicht genommene Rentensystem, und sie sind außerdem mit der bisherigen Gabenverteilung unzufrieden.

Der Kronprinz kommt insofern in Frage, als er Ehren-Präsident des Unterstützungskomitees ist.

Der Arbeitsmarkt im Monat Januar 1909.

Der Januar hat für eine Reihe von Großindustrien eine weitere Abschwächung gebracht. So ist, nach dem „Reichsarbeitsblatt", auf dem Ruhrkohlenmarkt vielfach eine Verschlechterung der Abnahme gegen den Vormonat zu verzeichnen, deren Eintritt durch die Schiffahrtsstörungen begünstigt wurde. Ein Rückgang der Beschäftigung trat auch in den Braunkohlenrevieren ein, wodurch Feierschichten nötig wurden, die zur Erhöhung des Ueberangebots von Arbeitskräften beitrugen. Auch die Metall- und Maschinenindustrie war im allgemeinen andauernd schlecht, zum Teil schlechter als im Vormonat beschäftigt. Nur in den Stahl- und Walzwerken sind Verbesserungen gegen den Monat Dezember eingetreten. Desgleichen war die Lage in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie nach wie vor überwiegend ungünstig. Ein weiteres Abflauen ist in den wichtigsten Zweigen der elektrischen Industrien eingetreten. Der Geschäftsgang in der chemischen Industrie hat sich nach der Mehrzahl der Berichte gegen den Vormonat verbessert. Eine Verminderung des Ueberangebots von Arbeitskräften ist auch im Monat Januar nicht eingetreten. Sehr hoch war die Zahl der Arbeitslosen im Brauereigewerbe, das mit Ausnahme der süddeutschen Brauereien, in denen der Geschäftsgang nach wie vor ein guter war, in den meisten Gegenden eine Abschwächung gegen den Vormonat zeigte.

Die Saiseneinflüsse, die sich bereits im Monat Dezember geltend gemacht hatten, traten im Januar weiter zutage, so vor allem im Baugewerbe und in der Binnenschiffahrt. Die Ruhe, mit der die Beendigung des Weihnachtsgeschäfts in vielen Gewerben eingetreten war, hielt vielfach auch im Januar an. Teilweise machte sich jedoch bereits die kommende Frühjahrssaison bemerkbar, so in der Weißwaren- und Wäschekonfektion, der Kostüm- und Blusenfabrikation, der Hutindustrie mit den von ihr abhängigen Gewerben.

Der noch immer anhaltende Rückgang des Beschäftigungsgrads geht auch aus den Nachweisungen der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hervor. Am 1. Februar 1909 ergab sich gegen den 1. Januar 1909 eine Abnahme der Beschäftigungsziffer von insgesamt 37 448 Mitgliedern, und zwar betrug die Abnahme bei den männlichen Mitgliedern 28 815, bei den weiblichen Mitgliedern 8633 Personen. Im Vorjahre zeigte sich am 1. Februar gegen den 1. Januar eine größere Abnahme von 71 815 Mitgliedern, und zwar von 59 735 männlichen und 12 080 weiblichen Personen.

Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise, Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen gestalteten sich ungünstiger als im Vormonat. Die Eisenbahnen waren im Januar 1909 um 5 834 458 Mk. niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres; es bedeutet dies eine Mindereinnahme von 156 Mk. oder 6,26 Prozent auf ein Kilometer.

Kommunales.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge.

Die Stadtverordneten in Offenbach bewilligten für eine Zählung der Arbeitslosen von Haus zu Haus durch städtische Beamte, denen organisierte Arbeiter als Helfer beigegeben waren, 500 Mk. Der Antrag des Gewerkschaftskartells, an Arbeitslose Barunterstützungen zu gewähren, wurde zurückgestellt. Die weitere Behandlung der Arbeitslosenfürsorge wurde dem städtischen Ausschuß für Arbeiter- und Meldewesen übertragen und dieser zu dem Zwecke um drei ständige Mitglieder — je ein frei Organisierter, Christlicher und Gelber (!) — verstärkt.

Zur Ausführung von Notstandsarbeiten sollen alle angestellt werden, die sich dazu melden.

An Arbeitslosenunterstützung sind von den Gewerkschaften bisher 42 800 Mk. verausgabt worden.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales Otto Liebuhr, für Provinzielles und Versammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die durch

Rauchschaden

gelittenen und unansehnlich gewordenen Waren gelangen

zu weit herabgesetzten Extra-Preisen zum Verkauf.

Nur noch wenige Tage!

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0003

110 eigene Geschäfte.

Eröffnung

Dienstag den 2. März, nachmittags 5 Uhr.

Nur ein Preis!

Jedes Paar Herren- oder Damenstiefel

7 25 Mk.

Schuhfabrik „Turul"

Alfred Fränkel

Commandit-Gesellschaft

Halle a. Saale

17 Gr. Ulrichstr. 17.

Ca. 18000 Paar wöchentliche Herstellung

Verkauf nur eigener Fabrikate.

Achtung! Bitterfeld.

Donnerstag den 4. März abends 8½ Uhr im Restaurant Hohenzollern

grosse öffentliche

Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Das Wesen des Christentums. Referent: Genosse **Stern-Karlsruhe,** früher evangel. Geistlicher.

Die Vertreter der Kirchen aller Konfessionen sind hierzu eingeladen. Der Einberufer.

Weissenfels!

Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr im Volkshause

öffentliche Protest-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Die Stellung der Parteien im Reichstage zur Tabaksteuervorlage.'
2. Freie Diskussion.

Zu dieser Versammlung ist der Reichstagsabgeordnete Herr **Paul Sommer** durch eingeschriebenen Brief eingeladen.

Referent wird noch bekannt gegeben.

Das Gewerkschaftskartell. Der Parteivorstand.

Hohenmölsen-Taucha.

Sonntag, den 7. März

nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Hrn. Hoffmann in Taucha und abends 8 Uhr im Lokale des Hrn. Schurtz in Wählitz

2 gr. öffentl. Volksversammlungen

Tagesordnung:

„Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien."

Ref. in beiden Versammlungen: Stadtv. **Thiele-Halle.**

Freie Diskussion. **Freie Diskussion.**

Zahlreiches Erscheinen aller Männer und Frauen erwarten

Die Einberufer.

Zeitz. Ausverkauf. Zeitz.

Wegen Umzug: Fahrräder, Nähmaschinen, Sprech-Apparate, Wringmaschinen, Laufmäntel, Luftschläuche, Laternen, Glocken, Schallplatten und andere Zubehörteile bedeutend unter Preis.

Vom 15. April ab befindet sich mein Geschäft Kalkstraße 1

Emil Schneider, Kalkstr. 4–5. Gr. Reparaturwerkstatt.

Zentral-Verband der Zivilmusiker Deutschl. (Filiale Zeitz).

Mittwoch, den 3. März abends 8¼ Uhr bei Lötznitz (Kronprinz)

Versammlung.

Vortrag über: **Zentralverbände u. gelbe Arbeitervereine.**

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Zeitz. Zeitz.

II. THEATER-ABEND

des Bildungs-Ausschusses, in der „Zentralhalle", am Donnerstag den 4. März

Das verlorene Paradies

Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda; Regie: Direktor Lange.

Billetts sind zur im Vorverkauf: Parterre 30 Pfennig, Gallerie 25 Pfennig, bei den Gewerkschaftskassierern und bei den Genossen Kämpfe, Dahle und Leopoldt zu haben.

Saalöffnung nicht vor 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Der Bildungs-Ausschuss.

Geschäfts-Uebernahme.

Mit dem heutigen Tage übernehme ich das

Viktualien-Geschäft mit **Hausschlachten** **Beesenerstr. 1,** Ecke Annenstraße.

Dienstag: 1. grosses Schlachtefest.

Früh 8 Uhr: **Wellfleisch.** Mittags: **ff. frische Wurst und Suppe.** — Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meiner werten Kundschaft mit nur guter Ware aufzuwarten.

Hochachtungsvoll **Ferdinand Kluge.**

Rheumatismus und Blutreinigung

Reinigt das Blut! Eine Blutreinigungskur ist gerade jetzt für jeden Menschen, ob gesund oder krank, ein Gebot der Notwendigkeit. Ein ganz vorzügliches, weit und breit rühmlichst bekanntes Blutreinigungsmittel ist der antirheumatische Blutreinigungstee des Apoth. Grundmann, Berlin SW., Friedrichstr. 207, derselbe wird als vorbeug. Hausmittel gegen **Säfteverderbnis, verschiedenartige Flechten, Hautausschläge,**

Rheumatismus,

Blasen- und Nierenleiden, sowie **Blutandrang** nach dem **Kopfe** mit glänzendem Erfolge angewendet, und sollte demnach in keiner Familie fehlen. Dieser Tee ist zu beziehen durch die Firma Apoth. Grundmann, Berlin SW., Friedrichstr. 207. **Proben** und **illustr. Broschüre gratis.** Original-Pakete zu 5 M., 3 M. und 1.50 M. Zu einer Kur erforderlich: 2 Pakete zu 5 M. für zus. 8 M. ohne Portoberechnung.

In **Armbändern, Broschen, Colliers etc.** hervorragend günstiger Einkauf. Goldschmied **Klinz,** Große Ulrichstraße Nr. 41.

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Vakanzenpost" Esslinnen 156.

Leiterwagen (Handarbeit) von 2—10 Zentner Tragkraft kauft man am besten bei

M. Bär, Gr. Ulrichstraße 54.

Morgen u. jed. Dienstag: **Schlachtefest.** **Joh. Fischer,** Gr. Gosenstr. 39.

Möbel-Ausstattungen

1 Sekretär
1 Vertikow
1 Ausziehtisch
4 Rohrstühle
1 Spiegel
1 Sofa
2 Bettstellen
1 Küchenschrank
1 Tisch
2 Stühle

zusammen M. **275.**

1 Sekretär
1 Vertikow
1 Ausziehtisch
4 Rohrstühle
1 Spiegel
1 Sofa
2 Bettstellen
1 Küchenschrank
1 Tisch
2 Stühle

zusamm. Mk. **340.**

1 Sekretär
1 Vertikow
1 Trumeaux
4 Rohrstühle
1 Sofatisch
1 Sofa
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Küchenschrank
1 Tisch
2 Stühle

zusamm. Mk. **488.**

Möbelfabrik

G. Schaible,

Gr. Märkerstrasse 26 am Ratskeller.

Zur Anfertigung eleganter **Herrengarderobe** auch bei Selbstlieferung des Stoffes) unter Garantie des guten Sitzes empfiehlt sich bestens

Otto Friedrich, Pfälzerstr. 4 III, früherer Geschäftsführer der ehemaligen Genossenschaft.

Rasberg.

Sozialdemokrat. Verein

Mittwoch den 3. März abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Adler

Versammlung aller weibl. Mitglieder.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. **Leopoldt** über: **„Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin".**
2. Verschiedenes.

Alle Genossinnen müssen kommen, auch die Genossen sind eingeladen. Der Vorstand.

Bildungsausschuss Meuselwitz.

Mittwoch den 3. März im Kaiser

1. Unterrichtsabend

vom Gen. Rühle-Leipzig.

Anfang Punkt 8 Uhr.

Als Lehrmittel ist nur erforderlich ein Schreibheft, ein Notizheft und eine Bleifeder.

Alle diejenigen Genossen, die sich in Listen eingezeichnet haben sowie die, die dazu keine Gelegenheit hatten und am Kursus teilnehmen wollen, werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Lederhandlung

Carl Friedrich Nachf.

Brüderstr. 4 (Rud. Mosse)

empfiehlt

Sohlleder-Ausschnitt

zu billigsten Preisen.

Franz Ringewald

Herren-Maßgeschäft, **Zeitz,** Gebind 26.

Anfertigung elegant Herren- und Knaben-Garderobe.

Garantie für tadellosen Sitz und prompte Bedienung.

Bei Bedarf bitte ich um gütige Berücksichtigung. **Der Obige.**

Mekulotur verk. Genossenschaftsbuchdruckerei

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Haaser. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Hähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 51. Halle a. S., Dienstag den 2. März 1909. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

215. Sitzung. Sonnabend, den 27. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Graf **Stolberg**: Am Donnerstag hat der Abgeordnete Kulerski einen beleidigenden Zwischenruf gemacht. Hätte ich ihn gehört, hätte ich den Abgeordneten zur Ordnung gerufen. (Heiterkeit). Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Etats der Schutzgebiete und des Kolonialamts.

Abg. **Eichhorn** (Soz.):

Herr Lattmann hat die kindische Bemerkung gemacht, die Sozialdemokratie sei in der Kolonialpolitik auf dem Wege nach Damaskus.

Präsident Graf **Stolberg**: Es ist unzulässig, zu sagen, ein Abgeordneter habe eine kindische Bemerkung gemacht. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Gr. Heiterk. b. d. Soz.).

Abg. **Eichhorn** (Soz.) fortfahrend: Wir stehen der Kolonialpolitik, wie sie betrieben wird und voraussichtlich auch in Zukunft betrieben wird, genau so ablehnend gegenüber wie seither, wenn wir auch nicht bei jedem Gehalt eines schwarzen Polizisten es für nötig halten, unsere grundsätzliche Ablehnung zu wiederholen. Das hätte Herr Lattmann wissen können.

Weshalb sollten wir auch unsere Stellung ändern? Freilich, hört man den Staatssekretär, so hat sich sehr viel geändert. Als er von Ostafrika zurückkam, war das Fazit seiner Berichte die eigentliche Wertlosigkeit der Kolonien. Er schilderte auch rücksichtslos die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der Eingeborenen. Es war ein Bild, dessen Treue wir aufs Wort glaubten, zumal sie von anderer sachverständiger Seite bestätigt wurde. Es handelte sich eben im vorigen Jahr darum, einen dunkeln Untergrund zu malen, um die Kolonialbahnen hier durchzusetzen. (Sehr richtig! bei den Soz.). Man sagte, das Elend besteht blos, so lange keine Bahnen da sind. Die Bahnen und die Gelder wurden dann auch bewilligt. Sie sind aber natürlich heute noch nicht gebaut. Und jetzt soll die ganze Misere in ein Paradies umgewandelt sein. Der Optimismus ist obenauf, genau wie damals, als der Kolonialsekretär, bevor er Afrika gesehen hatte, seine berühmte Bilanz vorlegte. Wie kommt denn das? Entweder hat man ihm in Südwest Potemkinsche Dörfer gezeigt, oder, was näher liegt, es sind keine Eisenbahnen mehr notwendig, und daher braucht man nicht mehr so schwarz zu malen wie im Vorjahr. Man muß wieder rosa malen, um den Wert der Kolonien in der Meinung der Völker zu heben. (Sehr richtig! bei den Soz.). Selbst die Kreuzzeitung hat Wasser in den Wein dieses übertriebenen Optimismus gegossen. Der gesamte Handel der Kolonien beträgt 130 Millionen, das kommt für Deutschlands Entwickelung nicht irgendwie in Betracht. Umsoweniger, als der deutsche Anteil an diesem Handel nur wenig über 60% beträgt. Man hat auf die Baumwollproduktion der Kolonien hingewiesen. Wir Sozialdemokraten würden es mit Freuden begrüßen, wenn die deutsche Textilindustrie sich von Amerika unabhängig machen könnte. Aber selbst, wenn unsere koloniale Produktion sich verhundertfachte, würde unser Bedarf noch nicht gedeckt sein. (Hört, hört! bei den Soz.). Genau so liegt es mit den anderen Ausfuhrwerten und ebenso steht es mit der Einfuhr.

Einen erheblichen Bestandteil der Einfuhr macht allerdings der Alkohol aus. Die 7000 dort befindlichen Männer haben 35 000 Hektoliter Bier konsumiert, also fünf Hektoliter pro Mann und Jahr. Von einer überraschenden Aufwärtsentwickelung der Kolonien kann also nicht die Rede sein. Die Zahl der weißen Ansiedler hat in der Tat in allen Kolonien von 12 300 auf 12 850 Personen zugenommen. Aber hierunter sind nur 9400 Deutsche, wovon 1100 Beamte und 567 Missionare, die mit der Entwickelung nichts zu tun haben. Die amtlichen Berichte haben nur den Zweck der Stimmungsmache, wie auch Herr von Camp hervorhob. Aber trotzdem leugnen sie nicht, daß die gesundheitlichen Verhältnisse nicht besser geworden.

Daß in Südwest Diamanten vorhanden sind, bestreite ich nicht. Aber selbst wenn man die allerhöchste Schätzung der Funde nimmt, so würde das Ergebnis noch nicht einmal die Kosten des südwestafrikanischen Aufstandes decken. Als wir vor einigen Jahren die Grausamkeit und die Greuel in der Unterdrückung dieses Aufstandes hier brandmarkten, warf man uns Verhetzung vor, jetzt hat der Staatssekretär selbst von dieser Stelle aus von einer der Eigenart des Landes nicht angepaßten Kriegsführung sprechen müssen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der oberste Kriegherr muß diesen Rüffel ruhig einstecken, denn es war allerdings ein Vernichtungskrieg. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Präsident Graf **Stolberg**: Sie haben gesagt, der oberste Kriegsherr habe einen Rüffel einstecken müssen. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Abg. **Eichhorn** (Soz. fortfahrend) Die Diamantenfunde kommen nicht dem Mutterlande zugut. Es ist vielmehr das internationale Großkapital, das den Löwenanteil sich sichert, um sich mühelos und rasch zu bereichern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vorerst ist ein wildes Börsenspiel die Konsequenz. Die Otavikompagnie ist fast ganz in englischem Besitz, arbeitet aber neuerdings stark mit der nationalen Phrase. Der Fall Tippelskirch hat ja gezeigt, wie leicht die Reichsbehörden zu übertölpeln sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Kolonien sind nichts als der Schauplatz großkapitalistischer Ausbeutung, aus der die Großbanken den Vorteil ziehen. Dabei sind, laut vorliegenden Berichten und Klagen, von Arbeitern und Beamten der Otavigesellschaft, über die Hälfte, sogar der höheren Beamten nicht Deutsche, sondern Italiener, Kroaten, Ungarn, Tschechen, Spanier usw. (Rufe b. d. Soz.: Nationale Politik!) Jedes Schiff bringt billige Arbeitskräfte, die sich um jeden Preis anbieten. Die alten werden dann auf die Straße geworfen. (Hört, hört!) Ohne alle Subsistenzmittel müssen sie den 75 Kilometer langen Weg nach Swakopmund zu Fuß zurücklegen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Wir hatten gestern ein interessantes Duell zwischen dem Staatssekretär und den Herren von Liebert, Dr. Arendt und Lattmann. Es handelt sich darum, ob in Ostafrika die weiße Bevölkerung die Eingeborenenausbeutung schrankenlos betreiben darf oder ob man diese Ausbeutung eindämmen muß. Auch Herr Schwarze-Lippstadt hat erklärt, geprügelt muß werden, nur nicht zu Unrecht. Wenn man sich aber nicht entschließt, das Prügeln überhaupt zu lassen, dann wird man niemals auf eine höhere Kulturstufe gelangen. Das erreicht man nur, indem man die Eingeborenen als Menschen behandelt. Herr Dr. Arendt geriet nun über den Staatssekretär gestern vollständig aus dem Häuschen. Er hat uns vorgejammert, wie notwendig der Schutz der unterdrückten weißen Bevölkerung sei. Er hat sich bei dieser Gelegenheit einen alten Afrikaner genannt. Ich habe aber bisher immer angenommen, die Wiege der Ahnen des Herrn Dr. Arendt habe in Klein-Asien gestanden. (Stürm. Htkt.) Herr Dr. Arendt, der sich als Schutzengel der unterdrückten Weißen aufgeworfen hat, hätte hier im Reichstage und im Landtage genügend Gelegenheit, als Schutzengel unterdrückter deutscher Staatsangehöriger aufzutreten, versäumt aber leider hartnäckig jede solche Gelegenheit. (Htkt. und Sehr gut! b. d. Soz.) Dafür verteidigt er die afrikanische Pflanzerfreiheit der Ausbeutung. Herr v. Liebert sprach von Abhärtung im Wahlkampfe. Er ist allerdings sehr abgehärtet gegen die wiederholte Anfrage, wo gewisse unter seiner Verwaltung verausgabte Gelder geblieben sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Herren Liebert und Genossen sehnen sich augenscheinlich nach dem alten Peitschenregiment zurück. Wir schwärmen nicht für die Politik des Herrn Dernburg, aber wir ziehen sie immerhin entschieden der sogenannten heroischen Kolonialpolitik der Arendt und Liebert vor. Von jeher bekränzte sich das Brigantentum mit dem Schimmer des Heroismus. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir wünschen, so entschiedene Freunde der Selbstverwaltung wir sonst sind, die sogenannte Selbstverwaltung in Ostafrika so schnell als möglich beseitigt. Diese karikierte Selbstverwaltung bedeutet nur das Verfügungsrecht der Pflanzer über die Eingeborenen. (Sehr wahr!) Dagegen sind wir bereit, an einer Selbstverwaltung für die Kolonien mitzuwirken, an der auch die Eingeborenen teilnehmen. Aber das freilich wollen unsere Kolonialpolitiker nicht. Unser Kollege hier im Reichstag, Dr. Arning, vertritt den Standpunkt, daß die Bildung der Schwarzen eine Gefahr für die weiße Herrschaft bedeutet. Daher fordert er verstärkte militärische Besatzung. Diese Politik wird auch für die deutschen Steuerzahler unabsehbare Folgen haben. Die Keime der Kolonialarmee werden sich ins ungeheure entwickeln. Die Militärpartei wird wieder Oberwasser gewinnen und der Geist Trothas den Geist Dernburgs besiegen. Wir Sozialdemokraten werden nicht aufhören, die Kolonialpolitik zu bekämpfen, die — ob heroisch oder kommerziell — eine Ausbeutungspolitik ist und bleiben wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Dr. Arning** (ntl.) behauptet, daß die Handelsbilanz der Kolonien eine günstige sei, freut sich, daß die Negerinnen nicht mehr nackts herumlaufen, wünscht aber, daß sie mehr deutsches Zeug verwenden, wendet sich gegen die angebliche Bevorzugung der Indier in Ostafrika und wünscht eine Arbeitsordnung, die die „gerechten Beschwerden" der Pflanzer beseitigt und die Schwarzen zur regelmäßigen Arbeit anhält. Die Engländer fassen die Schwarzen auch nicht mit Glacéhandschuhen an. Redner verbreitet sich ausführlich über die Geschichte der Hottentotten und die angeblichen Verdienste des Herrn v. Liebert, feiert den Herrn v. Lindequist und verlangt einen intensiveren Bahnbau in den Kolonien. Redner plädiert auf mildernde Umstände für den starken Alkoholgenuß in den Kolonien und freut sich (unter großer Heiterkeit der Sozialdemokraten) über die gefundenen Diamanten.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) erkennt den Fortschritt der Kolonien an, betont aber, daß die Rechtspflege daselbst noch sehr im Argen liege. Der Kampf gegen Ausbeutung und Ausrottung der Eingeborenen, gegen Monopolwirtschaft und Verschwendung ist ein Kampf, den auch wir stets geführt haben. Deshalb unterstützen wir den Staatssekretär. Wir treiben keine Politik der Rache und der Verärgerung. (Lebh. Sehr richtig! im Zentrum.) Ich will gern die Verantwortung für die Folgen einer gerechten Eingeborenenpolitik übernehmen, wenn Herr Arendt die Verantwortung für die Folgen einer Politik übernehmen will, die zu 25 Ausständen unter einem einzigen Gouverneur geführt hat. (Sehr gut! im Zentr. und bei den Soz.) Die Verteidiger der alten Prügel- und Hängepolitik sind seit den aufklärenden Prozessen in München und Köln etwas sehr kleinlaut geworden. (Sehr gut! bei den Soz.) Nach der famosen Geschichtstheorie des Herrn Arendt brach wohl der Bauernkrieg und die russische Revolution wegen zu milder Behandlung aus? (Sehr gut! bei den Soz.) Wir können dem Staatssekretär nur zurufen: Dernburg, bleibe hart gegenüber den Gewaltpolitikern! (Lebh. Beifall.) — Gegen die Ausbreitung des gefährlichen Mohamedanismus sind Missionen die beste Schutzwehr. Es ist schade, daß der Gouverneur v. Liebert nicht den schönen Eifer für Rechnungslegung besessen hat, den der Abg. v. Liebert an den Tag legt. (Sehr gut! im Zentr. und bei den Soz.) — Die Abschaffung des Monopols der Firma Tippelskirch hat sehr günstig gewirkt. (Hört, hört!) Glücklicherweise läuft auch bald das Monopol der Oranienapotheke ab. Von dieser Apotheke konnte man singen: Ja, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! (Große Heiterkeit.) Wir sind Anhänger einer sparsamen, negerfreundlichen, kulturbringenden und christlichen Kolonialpolitik! (Stürmischer Beifall im Zentr.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. Schluß: 6 Uhr.

Preußisches Dreiklassenhaus.

41. Sitzung. Sonnabend, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern.

Beim Ausgabetitel **„Gehalt des Ministers"** wird zunächst die **nordschleswigsche Frage** besprochen.

Abg. **Dr. Schifferer** (natl.): Die dänische Agitation, die im letzten Jahre eine beachtenswerte Stärkung erfahren hat, geht direkt auf die Lostrennung Nordschleswigs von Deutschland aus. Das hat der Abg. Hanssen in einem gerichtlichen Protokoll auch ganz offen als Ziel seiner Partei zugegeben. Trotzdem verlangen wir keine Ausnahmegesetze gegen die Dänen. Wir wünschen aber, daß der Minister mit loyalen Mitteln den dänischen Zuzug fernhalten möge. Die Ausweisung einiger dänischer Agitatoren begrüßen wir mit Freuden. Wir brauchen ein konsequentes, strenges Regiment. Statt dessen aber haben wir einen Zickzackkurs. (Lebh. Beifall b. d. Natl.)

Abg. **Johanssen** (freikons.): Gegenüber der maßlosen dänischen Agitation müssen wir auf dem Posten sein. Etwas mehr Dampf, Herr Minister! (Lebh. Zustimmung rechts.)

Abg. Graf **Reventlow** (kons.): Gegen die wüste dänische Agitation muß etwas geschehen. Vor einer dänischen Armee haben wir keine Angst. Wir würden sie beim Ueberschreiten der Grenze einfach sofort verhaften. (Gr. Heiterkeit rechts.)

Minister des Innern **v. Moltke**: Schuld an der neuen Beunruhigung in Nordschleswig ist der Optantenvertrag. Die Dänen sondern sich von den Deutschen ab und ihre Vereine nehmen zu. Schon die Jugend wird gewissenlos verhetzt. Die Deutschen werden boykottiert. Deshalb betreibt die Regierung eine Politik der nachhaltigen Förderung des Deutschtums und wird gegen die berufsmäßigen Agitatoren die schärfsten Mittel anwenden. (Beifall rechts.)

Abg. **Kleppenborg**-Skrumsager (Däne) schiebt die Schuld an der Verschärfung der Gegensätze auf den Vorsitzenden des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, Hahn.

Abg. **Graf Moltke** (freikons.): Die Bestrebungen der Dänen laufen auf die Vereinigung Südjütlands mit Dänemark hinaus und müssen daher scharf bekämpft werden.

Damit schließt die Besprechung über diese Frage. Es folgt die allgemeine Besprechung. Es liegen dazu vor zwei Anträge der Abgg. Hirsch-Berlin u. Gen. (Soz.). Der eine Antrag ersucht die Regierung, sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufhebung aller zurzeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeindeordnungen für den gesamten Umfang der Monarchie **eine einheitliche Gemeindeordnung** auf folgender Grundlage erlassen wird: a) Bildung der Gemeindevertretung durch **allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen**; Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem; b) **Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts** auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

Der zweite Antrag verlangt noch für diese Session einen Gesetzentwurf, wonach, soweit in Staatsgesetzen **der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armenunterstützung** abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht anzusehen sind: 1. die Krankenunterstützung; 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege; 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf; 4. **sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind**; 5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Abg. **Heydebrand v. d. Lasa** (kons.): Den Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Kommunen lehnen wir ab. (Bravo! rechts.) Den anderen sozialdemokratischen Antrag und den Antrag Wendlandt bitten wir der Wahlprüfungskommission zu überweisen. Der **Fall des Bürgermeisters Schücking** hat im Vorjahr ein gewisses Aufsehen erregt. Unserer Partei gehört dieser Herr nicht an (Heiterkeit), und wir überlassen es der liberalen Partei ihn zu verteidigen. Es wird nicht ganz leicht sein, diese Partei festzustellen! (Heiterkeit rechts.) Ganz allgemein sind wir der Meinung, daß kein unmittelbarer Staatsbeamter wegen seiner politischen Gesinnung bedrängt werden soll. (Beifall rechts.) Ich glaube, man hätte dem ganzen Fall Schücking die Spitze abgebrochen, wenn die Regierung sofort erklärt hätte, daß Herr Schücking nicht wegen seiner liberalen Gesinnung, sondern wegen ganz anderer Dinge bestraft worden ist. Statt dessen hat die Regierung den Regierungspräsidenten geopfert und in einen Urlaub geschickt, aus dem er heute noch nicht zurückgekehrt ist. Das ist aber eine sehr bedenkliche Sache. (Sehr richtig! rechts.) Wo bleibt da die Autorität der Beamten? (Sehr gut! rechts.) Sollte sich irgendein Organ des Reiches in die Erledigung des Falles Schücking eingemischt haben, so könnten wir uns in Preußen das unmöglich gefallen lassen. (Lebh. Beifall rechts.) Sollte ferner bei diesem Fall sich irgendein parlamentarischer Nebeneinfluß geltend gemacht haben, so würden wir gleichfalls dagegen aufs schärfste protestieren. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Minister des Innern **v. Moltke**: Ich kann erklären, daß irgendwelche Rücksicht auf die Blockpolitik nicht zur Beurlaubung des Regierungspräsidenten geführt haben. Der Regierungspräsident hat den Urlaub selbst nachgesucht. (Lachen rechts.)

Abg. **Hirsch**-Berlin (Soz.):

Der konservative Redner hat die erste Gelegenheit ergriffen, Angriffe gegen den Minister zu richten, die so scharf waren wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Und das alles nur, weil der Minister einige liberale Konzessionen gemacht haben soll. Wenn die Freisinnigen es wagen, die Blockpolitik auf Preußen zu übertragen, dann werden sie von der Rechten mit Hohn überschüttet. Für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen werden wir weiter mit der größten Entschiedenheit kämpfen. Wenn wir es für nötig halten, werden wir auch vor

Straßendemonstrationen

nicht zurückschrecken, denn sie sind ein durchaus erlaubtes Mittel. (Lärm und Ohorufe rechts.) Am Abend der letzten Reichstagswahl haben Sie selbst vor dem Palais des Fürsten Bülow demonstriert. Aber den Arbeitern soll es verboten sein! Nun hat man gesagt, die Führer blieben hinterm Ofen sitzen. Das ist nicht richtig. Die Straßendemonstrationen vor dem Abgeordnetenhause sind photographiert worden und auf diesem Bilde sind die bekannten Führer der Sozialdemokratie deutlich zu sehen. Führer, die zu Hause bleiben, würden wir überhaupt nicht dulden. Wenn Ungesetzlichkeiten bei den Demonstrationen vorgekommen sind, dann sind Polizeispitzel daran schuld. (Lachen rechts.) Der Berliner Polizeipräsident hatte gute Gründe, als er seinen Beamten die Genehmigung zur Aussage in dem großen Demonstrationsprozeß versagte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unter Zeugeneid ist dort ausgesagt worden, daß sich Kriminalbeamte an den Demonstrationszügen beteiligt haben. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und das Urteil hat festgestellt, daß für die Wahrheit dieser Behauptung manches beigebracht worden ist. Wir haben in letzter Zeit überhaupt bei uns

eine ganze Reihe solcher Spitzel entdeckt.

Einige davon kann ich Ihnen hier im Bilde vorführen. (Heiterkeit.) Ein Hausdiener Ernst Philipp alias Kriminalschutzmann Paul Dietrich ließ eines Tages seinen Ueberzieher hängen. In diesem Ueberzieher fanden wir ein Notizbuch, in dem genau verzeichnet stand, wie lange er sozialdemokratische Gemeindevertreter „überwacht" hat. Wir haben uns ein Album für die Bilder dieser Männer zugelegt. Geht es so weiter, wie in den letzten Jahren, so wird es bald den Umfang des

Verbrecheralbums

auf dem Berliner Polizeipräsidium erlangen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Ein anderer Kriminalschutzmann hat sich vor allem fleißig an der Agitation für die Landtagswahl beteiligt. Ihm mit ist es zu danken, daß wir hier reden können. (Heiterkeit b. d. Soz.) Dieser Mann hat der Partei sogar seine Liebe geopfert, denn seine Berta sagt sich von ihm los, weil er sich gar nicht um sie gekümmert hat. Er hatte den Kopf voll von sozialistischen Ideen. (Heiterkeit und hört! hört! b. d. Soz.) Ein anderer Spitzel war als Goldarbeiter William Springer organisiert und wollte vor allem

die Jugendorganisation zu Dummheiten veranlassen.

Den beiden Vorsitzenden gab er 70 Mk. für die Reise nach dem Nürnberger Parteitag. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das Geld floß in unsere Parteikasse. Ein anderer Kriminalbeamter, der sich ebenfalls als Ausländer einführte, bedauerte, als Ausländer nicht zum Landtag wählen zu können. Aber wir beobachteten, wie er unter seinem richtigen Namen für die bürgerlichen Parteien stimmte. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ist der Minister von dem Treiben dieser Leute unterrichtet, billigt er es oder will er von der Tribüne des Landtages herab dieses schmutzige Gewerbe verwerfen? Vielleicht überweist man diese Kreaturen Herrn Strosser als Versuchsobjekte, wenn ich auch sonst nicht für die Prügelstrafe schwärme. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Die Geheimnisse, die man mit diesen Spitzeln erfahren will, bestehen bei uns nicht. Unser Parteileben spielt sich in voller Oeffentlichkeit ab. Weiter will man die Sozialdemokratie

zu Gewalttätigkeiten provozieren.

(Widerspr. rechts.) Man will sich Material für ein neues Ausnahmegesetz beschaffen, das Fürst Bülow in seiner bekannten Rede angekündigt hat. Ein Ausnahmegesetz aber kann nur wünschen, wer glaubt, daß die Sozialdemokratie eine Revolution im Heugabelsinn beabsichtige. Auch im Ausland treiben deutsche Spitzel ihr Unwesen. In Zürich wurde ein Polizeispitzel entlarvt, der erklärte, daß die Berliner politische Polizei seine Notlage benutzt habe, um ihn in ihre Dienste zu zwingen. Eben so wichtig wie die Beseitigung der Dreiklassenwahl für den Landtag ist ihre Beseitigung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen. Wir wissen, daß wir mit dieser Forderung allein stehen. Aber das darf uns nicht abhalten, sie zu propagieren. Es schadet gar nichts, wenn künftig mehr Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen sitzen. Denn selbst die Oberbürgermeister Adickes und Fuß haben sich anerkennend über die Tätigkeit sozialdemokratischer Stadtverordneten ausgesprochen. Die vielgepriesene Steinsche Städteordnung sah die geheime Wahl in den Gemeindevertretungen vor. Die preußische Regierung stand 1876 auf demselben Standpunkt. Wir verlangen auch die

Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs,

weil namentlich in den Großstädten die Hausagrarier ein geradezu gemeingefährliches Element bilden, das jede gesunde Steuerreform und Bodenpolitik verhindert. Auch eine soziale Wohnungspolitik scheitert an dem Widerstand der Hausbesitzer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0005

Wenn man die Schädlichkeit ungesunder Wohnungen anerkennt, dann muß man den Gemeinden die Möglichkeit geben, eine Reform vorzunehmen. Diese Möglichkeit ist den Gemeinden aber genommen durch das völlig veraltete Hausbesitzerprivileg. Wie steht es mit den Wohnungsgesetzentwurf? Es ist eine Ungerechtigkeit, den Bezug von Armenunterstützung in Zusammenhang zu bringen mit dem Verlust des Wahlrechts.

Weiter verlangen wir ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Auch das Zentrum hat früher das verlangt, was unser Antrag herbeiführen will. Und selbst der konservative Freiherr v. Manteuffel hat erklärt, daß das Bestätigungsrecht der Regierung zu Widerwärtigkeiten und Gehässigkeiten führt. Eine Reform der Städteordnung ist also notwendig denn sie steht immer noch auf dem Standpunkt der Zeit Friedrich Wilhelms IV. Viele Klagen zu führen haben wir über Verletzungen des Vereinsgesetzes. Die Polizeistunde wird widerrechtlich gegen sozialdemokratische Versammlungen in Anwendung gebracht. Sozialdemokratische Vereinsversammlungen sind in Dortmund, Magdeburg und anderen Städten zu öffentlichen Versammlungen gestempelt worden. Wir verlangen hier für uns

das gleiche Recht,

das den bürgerlichen Parteien ohne weiteres gewährt wird. (Zustimmung b. d. Soz.) Es wird so viel vom Sparen gesprochen. Nun, es werden jetzt von den unteren Polizeiorganen Leute zur Anzeige gebracht, die vor Gericht dann freigesprochen werden, und die Staatskasse muß die Kosten tragen. Das Geld könnte gespart werden. Einen sonderbaren Eindruck machte es auf uns, daß bei der Beerdigung der Frau unseres verstorbenen Führers Liebknecht die Gendarmen mit Revolvern bewaffnet waren. Durch solche Mittel wird die Sozialdemokratie eher gestärkt als geschwächt. Den Legitimationszwang für ausländische Arbeiter halten wir nach wie vor für verfassungswidrig. Die Hauptsache bei der geplanten Verwaltungsreform ist, daß ein neuer Geist in die Verwaltung einzieht. Aber eine Freiheit, wie wir sie wünschen, ist unmöglich ohne eine freiheitliche Gesetzgebung. Und eine freiheitliche Gesetzgebung ist abhängig von

einem freiheitlichen Wahlrecht.

Deshalb ist der Weg für freiheitliche Reformen in Preußen erst frei, wenn das Dreiklassenwahlrecht beseitigt ist. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 1. März 1909.

Hausagrarier und Straßenreinigungspflicht.

Ein hiesiger Hausbesitzer hatte ein Strafmandat über 3 Mk. erhalten, weil er am 12. Januar d. J. den Schnee vor seinem Hause nicht hatte fortfegen lassen, obwohl er von einem Polizeisergeanten dazu aufgefordert worden war. Gegen den Strafbefehl hatte er Einspruch erhoben, unter Berufung auf wiederholte Entscheidungen der hiesigen Strafkammer und des Kammergerichts, durch die bekanntlich die hiesigen Polizeiverordnungen über das Fortschaffen von Schnee und Eis für ungültig erklärt worden sind, da sie sich nicht auf Observanz stützen können. Der Verteidiger des Hausbesitzers, Justizrat Lembier, teilte in der Einspruchsverhandlung vor dem Schöffengericht mit, es seien in letzter Zeit an die 400 Strafmandate gegen Hausbesitzer wegen versäumten Schneefegens usw. ergangen. Wenn die Polizei die erneute Aufrollung der Frage beabsichtige, so hätte der Erlaß von einem oder zwei Mandaten auch genügt. Vielleicht wolle die Polizei den Versuch machen, ob das Kammergericht nicht einen andern Standpunkt einnehmen wolle als bisher. Vermutlich solle die wiederaufgefundene Gassenordnung von 1706 der Polizei zur Grundlage ihres erneuten Vorgehens dienen. Aber durch diese Ordnung lasse sich eine Observanz nicht erweisen, denn sie verordne keineswegs das Fortschaffen von Schnee und Eis schlechthin, sondern nur bei eintretendem Tauwetter. Der Vertreter der Amtsanwaltschaft erklärte, von der Polizei sei der Anklagebehörde bisher noch kein neues Beweismaterial vorgelegt worden. Er beantragte daher Vertagung der Verhandlung. Der Verteidiger widersprach diesem Antrag, denn nur Zweifel über Tatsachen, nicht aber über die Rechtsauffassung könnten eine Vertagung rechtfertigen. Auch werde die Polizei noch Zeit genug haben, in den Berufungs-Verhandlungen neues Beweismaterial vorzulegen. Der Verteidiger berührte auch den Umstand, daß nach Veröffentlichungen aus letzter Zeit das Oberverwaltungsgericht in dieser Frage einen andern Standpunkt eingenommen habe als das Kammergericht. Aber das Oberverwaltungsgericht könne nur dann in Frage kommen, wenn die Polizei gegen die Hausbesitzer nicht durch Strafbefehle, sondern in der Weise vorgehe, daß sie das Schneefegen und Aschestreuen vor den Häusern der Säumigen selbständig vornehme, aber auf deren Kosten. Die Kostenfrage könne dann allerdings die Streitenden vor das Oberverwaltungsgericht führen. Das Schöffengericht lehnte den Vertagungsantrag des Amtsanwalts ab und hob den gegen den Hausbesitzer erlassenen Strafbefehl auf. Durch wiederholte Kammergerichtsentscheidungen seien die fraglichen Polizeiverordnungen für ungültig erklärt worden, und zwar mit Einschluß der Bestimmung über das Fortschaffen von Schnee und Eis und das Aschestreuen bei Glätte. **Denn wenn eine ganze Verordnung im Prinzip für ungültig erklärt werde, so könne mit einer einzelnen Bestimmung keine Ausnahme gemacht werden.**

Den verheerenden Wirkungen der Krise

sind einige Berufe in ganz besonders hohem Maße ausgesetzt, vor allen anderen auch die sogenannten Kunstgewerbe. Da ist der Bildhauerberuf, in dem schon seit Jahren eine große Arbeitslosigkeit herrschte, die nun durch die mißliche wirtschaftliche Lage noch bedeutend verschärft worden ist.

Aus den Angaben des „Reichsarbeitsblattes" ist zu entnehmen, daß aus allen an den Erhebungen des Statistischen Amtes beteiligten Berufsgruppen von je 100 Personen arbeitslos waren im Jahresdurchschnitt:

1904	1905	1906	1907	1908
2,0	1,5	1,2	1,7	3,1 Prozent.

Von je 100 Bildhauern aber waren arbeitslos:

	1904	1905	1906	1907	1908
1. Quartal	8,3	9,0	10,0	11,9	14,2
2. Quartal	6,3	8,7	6,8	10,0	14,1
3. Quartal	7,4	10,4	7,7	10,2	13,1
4. Quartal	16,1	12,6	15,4	18,8	24,9
Jahresdurchschnitt:	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Die Unsicherheit der Existenz in diesem Beruf wird noch treffender gekennzeichnet, wenn man die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit auf je 100 Personen betrachtet. Diese betrug in den Jahren:

	1904	1905	1906	1907	1908
1. Quartal	43,0	52,1	45,0	48,0	56,0
2. Quartal	49,5	44,0	42,4	44,5	55,7
3. Quartal	42,6	47,0	42,3	54,3	60,8
4. Quartal	55,4	48,0	50,2	55,0	66,4

Sie hat also im letzten Viertel des Jahres 1908 eine Höhe erreicht wie nie zuvor, genau wie die Prozentziffer der Beschäftigungslosen gegen das Vorjahr ganz beträchtlich emporgeschnellt ist. — Da auch die durchschnittlichen Verdienstverhältnisse der Bildhauer sich nicht über diejenigen anderer Berufe erheben, müssen die Eltern und Vormünder sehr genau die Befähigung ihrer Kinder oder Mündel prüfen, ob sie wirklich ihr Fortkommen in einem so schwer ringenden Berufe finden können.

Mildernde Umstände für einen Verteidiger.

Zu einem heftigen Zusammenstoß kam es in der gestrigen Schöffengerichtssitzung zwischen einem Amtsrichter und einem hiesigen Rechtsanwalt. Angeklagt war in der Sache ein Laboratoriumsdiener, der in der Nacht zum 14. Dezember v. J. einen Studenten in der Nähe des Stadttheaters vor dem Lokal „Künstlerheim" mit einem Stock mißhandelt hatte. Der Student behauptete vor Gericht, Schläge in das Gesicht und auf den Kopf erhalten zu haben; auch habe man ihm seinen Hut zerschlagen. — Als ein Entlastungszeuge mit Unterbrechungen vernommen wurde, bat der Verteidiger, den Zeugen mehr im Zusammenhange zu vernehmen. Der Richter bemerkte darauf, daß er im Gerichtssaal die Geschäfte handhabe. Der Verteidiger bat nun, über seinen Wunsch einen Gerichtsbeschluß herbeizuführen. Dieser Wunsch wurde nicht erfüllt; nunmehr beantragte der Verteidiger, über seinen Wunsch mit den Schöffen im Beratungszimmer einen Beschluß herbeizuführen. Der Richter ersuchte den Verteidiger zu schweigen. Der Verteidiger beruhigte sich aber nicht, sondern verlangte, daß man seinen ohne Zustimmung der Schöffen abgelehnten Antrag zu Protokoll nehme. Die Schöffen schwiegen und der Richter verkündete dann dem ausgeregten Verteidiger, daß weitere Proteste als Ungebühr vor Gericht angesehen würden und zur Bestrafung führen könnten. Darauf der Verteidiger: „Das ist mir gleichgültig." Das Gericht zog sich dann zu einer kurzen Beratung zurück und der Vorsitzende verkündete, das Gericht sei sich einig darüber, daß sich der Verteidiger einer Ungebühr vor Gericht schuldig gemacht habe. Es habe aber geglaubt, von einer Bestrafung des Verteidigers Abstand nehmen zu können, da sich der Verteidiger in eine Erregung „hineingeredet" habe.

Der „hineingeredete" Verteidiger schwieg und wird hoffentlich künftig „besser folgen". Jedes Gericht verdient die Verteidiger, die es besitzt. Der Herr Rechtsanwalt, dem gewissermaßen „mildernde Umstände" bewilligt worden sind, wird sich freuen, mit dem blauen Auge davongekommen zu sein. Im Interesse des Verteidigers und der Rechtsprechung liegt das allerdings nicht. Denn es ist wohl anzunehmen, daß der Verteidiger sich durch die Handhabung der Geschäfte durch den Vorsitzenden in seinem Rechte als Verteidiger beschränkt gefühlt hat. Ob die Schöffen nicht verpflichtet gewesen wären, auf eine Beratung des Antrages zu dringen, sei nur nebenbei gefragt. Im übrigen erscheint es sehr unlogisch, eine Ungebühr vor Gericht festzustellen und dann nicht den Mut zur Bestrafung zu finden. Was sollen die armen Tröpfe dazu sagen, die sich durch unüberlegte Worte in eine Ungebühr „hineinreden" und dann zuweilen wegen Ungebühr in eine Haftstrafe genommen werden. Kurzum, die „Feststellung" der Ungebühr erscheint uns sehr deplaziert und der Verteidiger wird ja allein wissen, was er dagegen zu tun hat. — Der in der Sache angeklagte Laboratoriumsdiener wurde schließlich zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt, während der Amtsanwalt nur 50 Mark Geldstrafe gegen ihn beantragt hatte.

Musensöhne oder Rüpel?

Am Sonntag vormittag gegen 9 Uhr zogen vier stark bezechte Studenten von der Verbindung „Germania" vom Jägerplatz über die Gr. Wallstraße bis zur Geiststraße. Die Bengel verübten unterwegs heillosen Unfug, indem sie fast alle ihnen begegnende Passanten auf das gemeinste insultierten und sich zum Teil sogar tätlich an ihnen vergriffen. Unter großem Skandal versuchten die Vier vom Hause Gr. Wallstraße 10 die Fensterläden abzuhängen. Der Hauswirt wußte sie nachdrücklich daran zu hindern. Einen daherfahrenden Wagen hielten sie an, indem sie den Pferden roh in die Zügel fielen. Nur dadurch, daß der Kutscher mit der Peitsche nach ihnen langte, wurden die Saufhälse veranlaßt, ihm freien Weg zu lassen. Dann fielen die feinen Herren über einen Milchwagen her. Zwei von ihnen schleuderten eine Kanne auf die Straße. Mehrere junge Mädchen mußten vor den Gemeinheiten der vier Flegel flüchten. Einer armen Frau, die einen Sack Stroh im Tragekorb auf dem Rücken trug, riß man die Last herunter und schleppte diese eine Strecke fort trotz des Protestes der Frau. Ueber die Passanten, die mit wachsender Entrüstung dieses Treiben beobachtete, machten sich die „besseren Latzicher" lustig, indem sie Worte wie „Fratze" und „Fresse" auf sie anwendeten. Die Roheit der vier ekelhaften Patrone erreichte ihren Gipfel, als sie einem jungen Depeschenboten begegneten. Diesen griffen zwei von ihnen an und rissen ihm buchstäblich die Kleider vom Leibe. Als sich der junge Mann wehrte, fielen auch die andern zwei über ihn her, warfen ihn zu Boden und schlugen auf ihn ein. Nun aber bekamen die vier Burschen, die außerdem noch einen Hausdiener angriffen und schlugen, von den Umstehenden Ohrfeigen, denen sie sich schleunigst durch die Flucht entzogen. Zwei rannten von der Alten Promenade der Geiststraße zu, zwei in die Gr. Ulrichstraße, wo diese aber von ihren Verfolgern gestellt und einem Polizeibeamten übergeben wurden. — Wenn die Polizei wieder einmal Feststellungen über das Lattcherwesen in Halle treffen will, dann wird sie sich hoffentlich auch solcher gefährlichen Subjekte erinnern, auf die alle Voraussetzungen zum Eintritt in die Bummlerzunft zutreffen. Nicht arbeiten, saufen, Roheiten aller Art begehen, darin haben diese Sorte Studenten etwas los. Arbeiter begehen in der Trunkenheit auch mitunter Dinge, die nicht gerade schön zu nennen sind. Wenn man aber den Bildungsgrad dieser „besseren" Jünglinge in Erwägung zieht, wird ihr gemeingefährliches Treiben wohl nie an Roheit erreicht. Solche Elemente an den höchsten Bildungsinstituten des Staates vervollständigen das Bild von der Ungerechtigkeit unserer heutigen Lehreinrichtungen den nichtbesitzenden Klassen gegenüber.

---

* **Ungültige Polizei-Verordnung.** Der Gastwirt Heyde im Obervollinger sollte die für Halle a. S. am 1. Februar 1907 erlassene Polizei-Verordnung übertreten haben, welche bestimmt: Musik-Aufführungen oder sonstige öffentliche Unterhaltungen, Theater-Aufführungen 2c. in Gastwirtschaften dürfen nicht über 11 Uhr abends hinaus stattfinden. Heyde hatte in seinem Saal Konzerte veranstaltet und die Musik über 11 Uhr hinaus währen lassen. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn frei und erklärte die Polizei-Verordnung für ungültig. Ihr Zweck wäre, die Dauer solcher Unterhaltungen zu beschränken, die geeignet seien, die Ruhe anderer zu stören. Einer solchen Polizei-Verordnung stehe § 360 Nr. 11 des Reichs-Strafgesetzbuchs entgegen der sich über die Strafbarkeit des ruhestörenden Lärms auslasse. Eine Polizei-Verordnung auf demselben Gebiete sei unzulässig. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend: Die Polizei-Verordnung solle nicht ruhestörenden, ungebührlichen Lärm verhindern, sondern einer Gesundheitsschädigung derjenigen Bewohner vorbeugen, die in der Nähe von Orten wohnen, wo öffentliche Lustbarkeiten stattfinden. Der Vertreter der Ober-Staatsanwaltschaft schloß sich dem an. Zwar sage die Verordnung in der Ueberschrift, daß sie betreffe die Dauer öffentlicher Veranstaltungen, welche geeignet seien, die Nachtruhe zu stören. Die Verordnung gehe aber in Wirklichkeit darüber hinaus. Es sei klar, daß es, namentlich bei Nervösen, zu einer schweren Erkrankung des Nervensystems führen könne, wenn man dauernd des Nachts derartige Musik mit anhören müsse, und vielleicht gar immer die nämlichen Sachen.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Verordnung habe den Zweck, das Publikum vor Lärm zu bewahren. Das Reichs-Strafgesetzbuch regele aber in § 360 Nr. 11 die Materie des ruhestörenden Lärms erschöpfend. Darüber hinaus könne keine Beschränkung des Lärms durch Polizei-Verordnung herbeigeführt werden, wenn auch zugegeben wäre, daß unsere Zeit sehr nervös sei. Eine solche allgemeine polizeiliche Regelung der Materie des ruhestörenden Lärms sei unzulässig. Daher sei die Polizei-Verordnung mit Recht für ungültig erachtet worden. — Es wäre indessen möglich, von Fall zu Fall polizeilich gegen lärmende Vorgänge einzuschreiten, dann nämlich, wenn in einem bestimmten Falle feststehe, daß dadurch die Gesundheit des Publikums oder einzelner Mitglieder desselben gefährdet sei. Unter dieser Voraussetzung könne es auch eine für den bestimmten Fall erlassene polizeiliche Verfügung geschehen, die im Verwaltungs-Streitverfahren anfechtbar sei. Solche Verfügungen seien schon öfter vom Ober-Verwaltungsgericht für berechtigt erachtet worden.

---

* **Von der Universität.** Im Alter von 59 Jahren ist Professor Dr. Ebbinghaus am Freitag gestorben. Sein Lehramt übte er seit 1880 aus, wo er sich in Berlin habilitierte. Er bekleidete dann in Breslau eine ordentliche Professur und seit 1905 hierselbst. Schriftstellerisch war er besonders auf dem Gebiete der Psychologie tätig. — Seinen 70. Geburtstag feierte gestern Professor Dr. Conrad, der seit 1872 an der hiesigen Universität „Nationalökonomie" lehrt.

* **Eine neue Teilstrecke** soll, wie mitgeteilt wird, von der Stadtbahnverwaltung auf Verfügung des Regierungs-Präsidenten in Merseburg zum 1. März, also heute, eingerichtet werden. Es handelt sich um die Zehnpfennigstrecke Zoologischer Garten-Marktbad, die bereits im vorigen Jahre genehmigt, aber dann nicht eingeführt worden ist.

* **Eine neue Pontonbrücke** über die Saale ist dem Gestüt gegenüber errichtet worden. Sie ruht auf einem einzigen langen Kahn und ist dazu bestimmt, als Transportweg für den in der Talstraße gewonnenen Steinschlag nach der Weißnitz zu dienen. Hier sollen damit die durch das Hochwasser beschädigten Wege ausgebessert werden. Hoffentlich gibts nicht inzwischen eine neue Hochflut.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Die letzte diesjährige „Mignon"-Aufführung mit Frl. Fiebiger in der Titelpartie findet am Dienstag statt. — Für Mittwoch ist die seit längerer Zeit vorbereitete Neueinstudierung von „König Lear" auf den Spielplan gesetzt worden. Das Hallesche Stadttheater besitzt in der Person des Herrn Friedrich einen zweifellos berufenen Interpreten des Titelhelden. Vorliegende Preßstimmen von den Hoftheatern in Darmstadt und Kassel, wo Herr Friedrich zuletzt den „Lear" verkörperte, lassen einen genußreichen Abend erwarten, denn mit dem Darsteller dieser Rolle steht und fällt das ganze Stück. — Die nächste Vorstellung der Schauspielnovität „La femme X .." (Die fremde Frau) ist für Donnerstag angesetzt. — Unser erster Kapellmeister Herr Eduard Mörike eröffnet die Reihe der diesjährigen Ehren- resp. Benefiz-Abende am Freitag mit einer bei aufgehobenem Abonnement stattfindenden Vorstellung von Wagners seit mehreren Jahren hier nicht gegebenen Meisterwerke „Tristan und Isolde". Es erübrigt sich, an dieser Stelle die Verdienste aufzuzählen, die sich Herr Mörike um das Hallesche Musikleben erworben hat. — Zu seinem Ehrenabend hat sich der Künstler Herrn Kurz-Stolzenberg als Gast von der Wiener Hofoper verschrieben, einen Künstler, dem von seinem Engagement in Wien, wo er die sämtlichen Wagnerschen Heldengestalten mit bestem Erfolge verkörperte, ein glänzender Ruf vorausgeht. Gelegentlich eines Operngastspiels in Halberstadt, bei dem Kammersänger Burgstaller absagte, sprang Herr Stolzenberg mit großem Erfolge als Siegmund in der Walküre ein. Das Orchester ist für Tristan bedeutend verstärkt. Vorbestellungen an der Tageskasse. — Für die Erstaufführung des Klosterschwankes „Vater Jukundus", hat der Autor (Professor Anton Ohorn) sein Erscheinen bestimmt zugesagt.

* **Jugend von heute.** Die Direktion des Stadt-Theaters bringt Otto Ernst's „Jugend von heute" in der Neubearbeitung des Dichters noch in dieser Spielzeit zur Aufführung. Diese Notiz dürfte für die zahlreichen Freunde und Verehrer Otto Ernst's, der heute in der literarischen Gesellschaft eigene Werke vorliest, Interesse haben. — Der Entschluß zur Aufführung dieses Stückes dürfte wohl in dem jüngsten Zwischenfall mit der „Freien Studentenschaft" seine Ursache haben.

* **Unterkunftslose Polen.** Bei einer in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend abgehaltenen Streife wurden fünf männliche und drei weibliche polnische Arbeiter in einem Strohdiemen südlich der Merseburgerstraße nächtigend angetroffen. — Vom profitwütigen Unternehmertum werden diese armen Menschen herangeholt, um willfährige Ausbeutungsobjekte zu haben. Ob sie vor oder nach ihrer Beschäftigung Hungers sterben oder erfrieren, kümmert die edlen Bürgerseelen nicht. Warum sind die polnischen Arbeiter so dumm.

* **Unvorsichtig und feige.** Sonntag vormittag gegen 11 Uhr wollte ein schnellfahrender Radler vom Mühlweg nach dem Kirchtor einbiegen, als im selben Augenblick ein Mann mit seinem 6jährigen Töchterchen den Bürgersteig verließ. Das Kind wurde überfahren und trug anscheinend Verletzungen davon. Als der Vater sich mit der Kleinen beschäftigte, knüpft der Radler schleunigst aus, von den Entrüstungsrufen des Publikums verfolgt.

* **Frühstücksmarder.** Den Bewohnern des Hauses Albrechtstraße 18 wurde am Sonnabend das Frühstück von einem unbekannten Diebe entwendet.

* **Verhaftung.** In den letzten Tagen der vorigen Woche wurde in der Volksküche an der Brunoswarte einem Schlosser der Betrag von 203 Mk. aus der Tasche gestohlen. Als Dieb des Geldes wurde der Arbeiter Böttcher von hier ermittelt und am Sonnabend früh ½10 Uhr in der Gr. Märkerstraße verhaftet. In seinem Besitze fanden sich noch 180 Mk., so daß der Bestohlene wieder zu dem größten Teil seines Eigentums kommt.

Wörmlitz, 27. Februar. Verhaftete Sittenverbrecher. Am gestrigen Tage wurde hier der Bäckermeister und Kolonialwarenhändler E. verhaftet, der im dringenden Verdachte steht, sich an mehreren schulpflichtigen Mädchen vergangen zu haben. E. nahm solche Mädchen in Stellung und wußte sie dann seinen Lüsten dienstbar zu machen. Bei dem letzten Kinde, das übrigens noch ziemlich unentwickelt ist, wurde es der Vater sofort gewahr und zeigte die Sache an. Nach Verhören mehrerer Mädchen wurde der gemeingefährliche Mensch, der Frau und Kinder besitzt, festgenommen. Schon vor mehreren Jahren sollen einmal Eltern eines Mädchens seine Verbrechen entdeckt haben, die sich aber durch Zahlung einer Geldsumme zum Schweigen bewegen ließen. Bei der Arbeiterschaft ist E., der übrigens ein Sozialistenfresser war, sehr unbeliebt wegen seines anmaßenden Wesens. Als Staatsstütze hat er seiner Sache, wie man sieht, nicht gerade besondere Dienste erwiesen.

Eduard Graf, grösstes Spezial-Geschäft am Platze. **Bettfedern,** fert. **Betten.** Beste und billigste Bezugsquelle **Marktplatz 11.**
Versand nach ausserhalb. — Verpackung frei. — Fernsprecher 2852. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0006

Aus den Nachbarkreisen.

Vorsicht mit Lotterien, besonders mit Serienlosen.

Geradezu unglaublich ist es, wie leicht das Volk den Lotterieagenten noch auf den Leim kriecht. In den letzten Tagen, so schreibt die „Erf. Tribüne", häuften sich bei uns die Anfragen über die sogenannte Serienlosotterie derart, daß wir einen besonderen Auskunftgeber anstellen müßten, um alle Anfragen zu beantworten.

Diese Art von Lotterien wird meist von Banken betrieben, die ein Geschäft machen wollen. Zu diesem Zwecke gründen sie eine Gesellschaft, die in der Regel aus 100 Personen besteht. Sofern die Gesellschaft die vorgeschriebene Zahl nicht erreicht, übernimmt die Bank den fehlenden Teil und partizipiert mit am Gewinn. Ein Los kostet drei Mark und da 100 Personen spielen, macht das nach Adam Riese zusammen 300 Mark. Die Lotterie erstreckt sich auf ein ganzes Jahr. Es hat also jedes „Mitglied" der Losgesellschaft dreimal 12 Mark = 36 Mark zu zahlen. Wer austreten will, hat dies drei Monate vor Ablauf der Vertragszeit anzuzeigen, anderfalls geht die „Mitgliedschaft" auf ein Jahr stillschweigend weiter. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen. Nicht rechtzeitig eingegangene Beträge werden durch Nachnahme erhoben. Durch Nichteinlösung verlieren die Gesellschafter ihre Ansprüche an den Gewinnen und eingezahlten Beitragen. Manchem wird es aber zuviel, das ganze Jahr an diese Gesellschaft gekettet zu sein, er kommt rechtzeitig zur Einsicht und will lieber ein oder zwei oder drei Monatsbeiträge einbüßen. Er löst also den nächsten Monatsbeitrag nicht ein. Da bekommt der Abtrünnige folgende oder eine ähnliche Zuschrift:

„Sie ließen unsere Nachnahme für den letzten Beitrag zurückgehen ohne jede Grundangabe und übersenden wir Ihnen trotzdem die letzte Zeichnungsliste, aus der Sie ersehen können, daß Ihre Nummer mit 200 Mark verzeichnet ist. Wir glauben nicht, daß Sie auf Ihren Gewinn verzichten wollen, weshalb wir bitten, uns mit einliegender Anweisung die beiden letzten Beiträge einzusenden. Sie bleiben dann in Ihrem vollen Mitgliedsrecht."

„Hui!" denkt der also Beglückte. „Du hast 200 Mark gewonnen. Und wie generös die Gesellschaft ist, trotzdem Du Deine Pflicht nicht getan hast, sendet sie Dir doch die Liste und will Dir die Mitgliedschaft erhalten." Flugs opfert er noch 6 Mark, um seine Rechte nicht zu verlieren. Gemach, mein Lieber! Du hast nicht 200 Mark, sondern den 100. Teil davon = 2 Mark gewonnen und es ist nur gelungen, Dir nochmals 6 Mark aus der Tasche zu ziehen. Nun wäre es ja möglich, daß der Spieler Glück hat, und bei jeder Ziehung „200", vielleicht auch „300" Mark gewinnt. Im ersteren Falle hätte er 12 Mark eingebüßt, der Verlust ließe sich also noch tragen, im zweiten Falle wäre er gerade mit seinem Einsatz heraus. Auch diese Rechnung stimmt noch nicht. Für Drucksachen, Verwaltung, Porto usw. sind von jedem Gesellschafter monatlich 50 Pf. zu zahlen, die aber erst von den erzielten Gewinnen in Abzug gebracht werden. Noch einmal 6 Mark! Die Gesellschaften haben es auch gar nicht so eilig, die Gewinner glücklich zu machen, denn einige haben in ihren Bedingungen stehen: Solch kleine Gewinne wie unter 1000 Mark verrechnen wir am Jahresschlusse mit. Die Chancen sind also bei den Serienlosotterien außerordentlich ungünstig und wohl fühlen sich nur die Leiter und dergleichen Leute dabei. Hinzu kommt noch, daß sich der Sitz dieser „Aktiengesellschaften" in der Regel im Auslande befindet und man dieser Gesellschaft sehr schwer oder gar nicht habhaft werden kann.

Zeitz, 28. Februar. Erhängt hat sich in der Posaerstraße die Frau eines Fabrikanten. Man nimmt Schwermütigkeit als Grund der Tat an.

Weißenfels, 28. Februar. (E. B.) Arbeiterrisiko. Am Sonntag gegen 4 Uhr verunglückte der Arbeiter Grabe in der Papierfabrik badurch, daß er in die Transmission geriet. G. starb kurz darauf an den erhaltenen Verletzungen.

— Spiel mit Schußwaffen. Der Marktbelfer Böttner aus Reichardtswerben schoß sich am Sonnabend beim Spielen mit einem Revolver eine Kugel in die linke Hand. Der Verletzte mußte das Krankenhaus aufsuchen.

Merschen, 28. Februar. (E. B.) Folgen der Glätte. Am Sonnabend vormittag stürzte während der Pause der 14jährige Sohn des Landwirts Lorenz und erlitt einen Beinbruch. Die beiden Lehrer brachten den Verletzten in seine Wohnung. — Sollte es nicht möglich sein, auf dem Schulhofe bei Glatteis Sand zu streuen?

Delitzsch, 27. Februar. (E. B.) Heimarbeiterelend. Ein Zigarrenmacher von hier und dessen Ehefrau waren vom Delitzscher Schöffengerichte wegen Unterschlagung, er zu zwei Wochen und sie zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sie bei der Strafkammer Berufung eingelegt. Er hatte sich von einem Zigarren-Fabrikanten Rohtabak zum Anfertigen von Zigarren geben lassen, die Zigarren wohl angefertigt, aber dann in der Not an andere Personen verkauft, wobei ihm seine Frau behilflich gewesen. In der Berufungsinstanz machte er geltend er hätte für die Entgegennahme des Rohtabaks eine Kaution gestellt und sei infolgedessen der Tabak-Lieferant nur sehr gering geschädigt worden. Das Berufungsgericht sprach die Frau frei verwarf aber die Berufung des Mannes.

Um einige Bund Stroh, die er von dem Strohdiemen eines Gutsbesitzers weggenommen hat, zog sich ein Arbeiter von hier eine Anklage wegen Diebstahls zu. Der Arme, der erklärte sich bei der Tat nichts Schlimmes gedacht zu haben, wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Bitterfeld, 28. Februar. (E. B.) Die Bergarbeiter-Protestversammlung war leider nicht so besucht, wie es nötig war. Nur zirka 150 Personen waren anwesend. Referent war Genosse Bock. In der Diskussion wurden die Zustände in hiesigen Gruben kritisiert. Zwei Resolutionen fanden Annahme, die eine wird dem preußischen Dreiklassenparlament zugehen.

[] **Eisleben**, 27. Febr. (E. B.) Zur Gemeindevertreter-Konferenz. Hat auch die Gemeindevertreter-Konferenz allgemein befriedigt, so ist doch die Beteiligung aus dem Mansfelder Kreise als eine recht ungenügende zu bezeichnen, obwohl doch die Kreisleitung ausreichende Mittel dazu zur Verfügung gestellt hatte. Von 15 sich als Sozialdemokraten bezeichnenden Gemeindevertretern sind nur 6 erschienen. Zwei sind wegen Krankheit entschuldigt gewesen, vier hielten es für angebracht, ohne jeglichen Grund fernzubleiben, während einer geschäftlich verhindert war. Wie vorsichtig man bei Aufstellung von Arbeiterkandidaten verfahren muß, zeigt ein Fall im Orte Eisdorf. Dort war, auch zugleich auf seine Anregung hin, der Bergmann Hermann Haring auf unser Programm in die Gemeinde-Vertretung gewählt. Jetzt aber hat er es nicht einmal für angemessen erachtet, den betreff. Fragebogen auszufüllen, wie er auch erklärt hat, er ließe sich auf nichts ein. Kreiskonferenzen bleibt er ebenfalls gänzlich fern, da kann man nur zu der Meinung gelangen, daß er als Arbeiter-Vertreter zu Unrecht seine Funktion ausübt oder nicht übt. Die Genossen müssen ihm die Mandatsniederlegung in begreifliche Nähe rücken. Aehnlich liegen die Sachen mit dem Mann in Langenbogen, während der in Unterößlingen glaubt, der Arbeiterschaft gegenüber genug getan zu haben, wenn er dem Verbande angehört; politisch sich zu organisieren, war er bis jetzt nicht zu bewegen, weshalb allerdings das Mandat zurückgezogen werden mußte. Die Parteigenossen allerorts haben dafür zu sorgen, daß nur solche Leute als Vertreter gewählt werden, die auch genügend erprobt sind und die auch in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllen. Es wäre uns erspart geblieben, daß weniger als die Hälfte der Gewählten unsern Kreis auf der Konferenz am Sonntag vertrat.

Eisleben, 1. März. Vom 8.—14. März werden im Mansfelder Wahlkreise eine Reihe von Frauenversammlungen abgehalten, zu denen natürlich auch die Männer Zutritt haben. Referentinnen sind die Genossinnen Sperling-Halle und Ottilie Baader-Berlin. Es finden die Versammlungen statt (Anderungen vorbehalten): am Sonntag, den 7. März, in Ermsleben, Teutschenthal, Schraplau; Montag, den 8. März, in Eisleben, den 9. März in Erdeborn, den 10. März in Alsleben und am 14. März in Unterößlingen. (Näheres Inserat in der Mittwochnummer.)

Bockwitz, 28. Februar. (E. B.) Bum, bum, der Reichsverband geht um. Schon mehrfach ist von dem Reichsverband für Wahrheitsliebe in unserem Ländchen versucht worden, den nach langem Kampfe eingezogenen gesellschaftlichen Frieden zu stören und die selbst von strengreichstreuen Männern als höflich und böswillig bezeichnete Kampfesweise einzuführen, aber vergeblich. Man findet eben hier unter dem Bürgertum Niemanden, der sich mit dem Reichsverband identifizieren will. Die Geschäftsleute haben sich früher lange genug als Prüllböcke gegen die aufstrebende organisierte Arbeiterschaft gebrauchen lassen, zu ihrem Schaden. Die damalige sprunghafte Entwicklung des Konsumvereins hat es bewiesen. Die hiesigen Geschäftsleute sind heute klug genug geworden, als daß sie nicht erkannt hätten, daß sie die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft schon im eigenen Interesse nicht bekämpfen dürfen. Geschäftsleute und Arbeiter haben wirtschaftlich und politisch gemeinsame Interessen.

Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt. So heißt es hier. Jede schlechte Lohnzahlung in den Fabriken merken die Geschäftsleute am ehesten. Jede indirekte Steuer auf Lebensmittel, wie sie die Reichsverbandsbeschützer, Antisemiten, Konservativen usw. beschließen, wirkt für sie geschäftsschädigend. Das sind ihre Feinde, und von seinen Feinden läßt sich das hiesige Bürgertum doch nicht mißbrauchen.

Auch im Kriegerverein hat der Reichsverband kein Glück. Seitdem die organisierte Arbeiterschaft mit dem Kriegerverein unter einem Dache tagt, haben auch die gegenseitigen Anfeindungen aufgehört. Unter diesem Zustande kann der Kriegerverein nur gewinnen, deshalb wird er sich wohl kaum dazu verstehen, für den berühmten Reichsverband die Hausknechtsarbeit zu liefern. Und die Werksbeamten von Lauchhammer haben schließlich auch erkannt, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen nichts zu leiden haben, daß wir keinen persönlichen Kampf führen.

Die Befürchtungen des dortigen Werksoberen und Polizeiverwalters, daß wir die Erringung der Säle dazu benutzen würden, in jeder Versammlung das Eisenwerk und seine Beamten „schlecht zu machen" haben, sich ganz und gar nicht erfüllt.

Also alles in Allem, der Reichsverband findet keinen Anklang, nicht mal im Kreisblatt, dessen Verleger klug genug ist, alle diese „Kämpfe" auf den Inseratenteil zu verweisen. Klugheit und versöhnliches Reinlichkeitsgefühl unserer anständigen Gegner sinds also, die sie abhalten, für den so oft gebrandmarkten Reichsverband ins Feuer zu gehen.

Gewerkschaftliches.

Zigaretten-Arbeiterinnen.

Ueber die Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria-Kompagnie, G. m. b. H. in Königsberg, ist vom Tabakarbeiter-Verband die Sperre verhängt. Die Fabrik tritt das Koalitionsrecht mit Füßen, indem die Arbeiterinnen unterschreiben müssen, daß sie keinem Verbande angehören wollen; sonst werden sie entlassen. Die Fabrik sucht nun Ersatz und annonciert in Zeitungen. Deshalb seien die Zigarettenarbeiterinnen gewarnt, zumal auch in Königsberg die Löhne sehr niedrig sind.

Ein ungetreuer Christlicher.

Der christliche Verbandskassierer, Captuller, vom christlichen Verband der Bauhandwerker in Memel, hat seine Verbandsbrüder in Christo — wie das nationalliberale Blatt in Memel bekanntgeben muß — **um 600 M. betrogen**. In christlichen Kreisen heißt es, daß die Summe viel höher ist und mindestens 5000 M. beträgt. Der ehrenwerte Mann hat durch Urkundenfälschungen, falsche Eintragungen, die Unterschlagungen, die sich auf längere Zeit hinaus erstrecken, zu verdecken gewußt. Der „christliche" Verband wurde im Jahre 1906 gegründet, als der Maurerstreik des Zentral-Verbandes der Maurer verloren ging.

Das Verbot des Streik-Postenstehens in Zürich.

Der Streik in Zürich hat eine Verschärfung erfahren durch das polizeiliche Verbot des Streik-Postenstehens während der Nacht. Grund für diese Maßnahme: Bürgerliche Rowdys hatten unter Führung eines Polizei-Sergeanten eine Anzahl friedlich patrouillierender Streikposten überfallen und fürchterlich mißhandelt. So stellt sich die Polizeigewalt leider auch in der Schweiz in den Dienst der organisierten Scharfmacher, des bekannten „Bürgervereins", von dem der Ueberfall ausgegangen ist.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle a. S., den 27. Februar.

Irrender Polizist. Ein Gastwirt, der früher in der Nähe der sogenannten „liberalen" Zeitungen sein Lokal gehabt, hatte ein Strafmandat über 15 Mk. erhalten, weil er in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember v. J. in seinem Lokal Gäste bis 4½ Uhr morgens geduldet haben sollte, obwohl die Polizeistunde bekanntlich nur bis 2 Uhr dauert. Mehrere Herren, die nachts bei einem Topchen Bier die Zeitungen fertig machen, waren bis kurz nach 2 Uhr in dem Lokal gewesen und hatten dort noch ein Abschiedsschnittchen getrunken. Das Bier war aber vor 2 Uhr nachts bestellt gewesen. Der Bauernlichkeit wegen hatte ein Nachtredakteur einige Gäste mit durch die Saalzeitungspassage hinaus ins Freie genommen. Draußen stand ein Schutzmann, der dort mit einer Taschenlaterne schon ein halbes Stündchen auf und ab getrippelt sein und öfter in die verschlossene Passage hineingeleuchtet haben soll, um die Nachtarbeiter zu stellen und gegen den unsoliden Wirt vorgehen zu können. In der Passage amüsierte man sich über den diensteifrigen Schutzmann, da man wußte, daß man das letzte Schnittchen vor 2 Uhr nachts bestellt hatte. Obwohl Wirtin und Gäste übereinstimmend bekundeten, das Lokal sei bald nach 2 Uhr geschlossen worden, erzählte der Polizist, daß gegen 4 Uhr morgens noch Gäste in dem Lokal gewesen sein müßten. Er habe gegen 3 Uhr noch Schelten und Lachen in dem Lokal gehört. Die Zeitdifferenz zwischen den Angaben des Polizisten und der übrigen Zeugen war sehr erheblich. Das Gericht nahm an, daß der Polizist sich geirrt hat und sprach den Wirt frei.

Klage führte ein Handelsmann gegen zwei Polizisten, die gegen ihn mit Eideskraft auftraten, weil sein kleines Hündchen am Abend des 10. Januar einmal ohne Maulkorb auf der Straße herumgelaufen sein soll. Er meinte versichernd, zwei Polizisten gegen ein kleines Hündchen, sei zu viel. Das Gericht verurteilte aber den Handelsmann zu 3 Mk. Geldstrafe.

Allerlei.

Abgefaßter Erpresser.

Frankfurt a. M., 27. Februar. Der Besitzer eines Gasthofes in der Kaiserstraße erhielt einen anonymen Brief, in dem er unter Bedrohung mit Anzeige wegen Vergehens gegen § 175 St. G. B. aufgefordert wurde einen Gelbbetrag in einem postlagernden Briefe nach Hanau zu senden. Der Gasthofsbesitzer zeigte die Sache an und der Hanauer Kriminalpolizei gelang es, wie die Blätter melden, einen aus Frankfurt a. M. gebürtigen Grenadier des 166. Infanterie-Regiments in dem Augenblick zu verhaften, als er die Sendung am Postschalter abheben wollte.

Bergmannslos.

Beuthen (Oberschles.), 27. Februar. Auf der Ferdinandgrube stürzten Kohlenmassen ein. **Ein Häuer war sofort tot. Mehrere andere Bergleute wurden verletzt.**

Briefkasten der Redaktion.

H. W., Nichtewitz. Wenn sich schon jemand beschweren will, so muß er wenigstens Ursache dazu haben. Ihre Briefkastenanfrage stand auf einer Postkarte. Sollen nun auch die beiden Berichte darauf gewesen sein? Ein weiteres Schreiben ist hier nicht eingegangen. Ueber die Aufnahme resp. Wichtigkeit von Notizen wollen Sie freundlichst die Redaktion entscheiden lassen. Schließlich hat Halle auch noch „einige" Leser mehr als Nichtewitz.

E. R. 100. 1. Mit vollendetem 21. Lebensjahre. 2. Nein.

Herzberg 4. Gegen den Dieb ist Strafanzeige zu richten, während Sie Anspruch auf Schadenersatz erst erheben können, wenn die Strafsache entschieden ist.

S. A. in **S.** 8000 Zentner etwa.

C. K. M. Nicht zu ermitteln. Wann hat das im Blatte gestanden?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Protest der Bergarbeiter.

Die 65 Bergarbeiter-Versammlungen, die am Sonntag zu der neuen Berggesetznovelle Stellung nahmen, verliefen in eindrucksvoller Weise. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

In Niederschlesien demonstrierten die Bergarbeiter auf der Straße. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Schließlich suchten die Behörden mit der Feuerspritze (!!) der Massen Herr zu werden.

Der starrköpfige Bundesrat.

Zurzeit finden im Reichstage zwischen den Blockparteien zahlreiche Konferenzen statt, die sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigen. Die Konservativen sollen bereit sein, um den Liberalen entgegenzukommen, in eine Hinaufsetzung der Untergrenze bei der Einkommens- und Vermögenssteuer zu willigen.

Weiter wird berichtet, daß die verbündeten Regierungen sehr „unzufrieden" mit dem Gang der Verhandlungen über die

H. ELKAN's „Weisse Woche"

Halle a. S., Leipzigerstrasse 87, Ecke Brauhaustrasse.

Der grosse Zuspruch von Käufern beweist die volle

: Zufriedenheit mit den gebotenen Ueberraschungen. :

Die fabelhafte Billigkeit weiss. u. hellbunt. Waren muss jeden überraschen. Die Gelegenheitsposten in **Bett-, Leib- u. Tischwäsche** sowie **Blusen, Kleider, Spitzen, Schürzen, Herrenwäsche** und **Schuhwaren** sind unbedingt einer Prüfung zu unterziehen.

Auf alle Waren Spar-Vereinigungs- oder Konsummarken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0007

Finanzreform seien. Im Bundesrat seien viele Stimmen dafür, lieber den Reichstag aufzulösen, als auf die Nachlaßsteuer zu verzichten. (??)

Vom Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Offenburg, 1. März. Der hier tagende Parteitag der badischen Sozialdemokratie nahm einen Antrag des Genossen Frank an, nach dem bei Wahlen selbständig vorgegangen werden soll. Bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten hat die Zentralleitung zu entscheiden.

Eine russische Note an Serbien.

Petersburg, 1. März. Rußland hat sich nach der großen Rede des serbischen Ministers Norakovitsch, der man hier große Bedeutung beimißt, entschlossen, an Serbien eine Note zu richten, worin erstens erklärt wird, daß man mit der Rede Norakovitsch' einverstanden ist, zweitens Serbien rät, alle territorialen Kompensationen fallen zu lassen, drittens rät Rußland Serbien, sich den Ratschlägen der Mächte zu fügen. Damit wäre die Schärfe der Krisis für den Augenblick beseitigt, ohne daß sich Rußland den Interventionsvorschlägen der Mächte anschließt. Es läßt sich sogar eine Beilegung der Krisis erwarten, da nunmehr territoriale Kompensationen nicht mehr in Betracht kommen. Man rechnet in Petersburg mit Sicherheit darauf, daß der Konflikt beigelegt werden wird.

Eine türkische Anleihe.

Konstantinopel, 1. März. Die Regierung schlägt der Kammer eine Anleihe in Höhe von 1 Million Pfund vor.

Erneute Krawalle in Prag.

Prag, 1. März. Die deutschen Studenten wurden bei ihrem gestrigen Sonntagsbummel wieder von den Tschechen tätlich angegriffen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. In der Torgasse wurden die Polizisten mit Steinen beworfen und gegen die berittenen Schutzleute Feuerwerkskörper geschleudert, wodurch die Pferde scheuten und wild wurden. In der Vorstadt Weinbergen legte man eine Gewehrpatrone auf das Straßenbahngleise, wodurch eine Explosion hervorgerufen wurde. Erst nach 1 Uhr mittags konnte die Ruhe wieder eintreten. Zum Schutze der deutschen Gebäude mußten wieder Gendarmen herangezogen werden.

„Bestrafte" Duellfexe.

Bromberg, 1. März. Das Kriegsgericht der 4. Division verurteilte den Rechtsanwalt und Leutnant der Reserve Thiele wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen zu drei Tagen (!) Festungshaft und den Oberleutnant Stolz vom 14. Infanterie-Regiment wegen „Kartelltragens" zu einem Tag (!) Festungshaft. Das Duell kam nicht zustande, weil der Geforderte die Forderung vernünftigerweise ablehnte. Die Verhandlung der Staatsaktion erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Die Bluttat in Dirschau.

Dirschau, 1. März. Wirtschaftsleiter van der Velden, der den Rechnungsführer Ehlert im Eisenbahn-Abteil zweiter Klasse erschossen hat, gab bei seiner weiteren Vernehmung an, daß er von Ehlert beschimpft und aufs äußerste gereizt worden sei. In der Erregung habe er Ehlert niedergeschossen. Als er dann an seine geringen Geldmittel gedacht habe, mit welchen er nicht weit gekommen wäre, habe er dem Erschossenen achtzig Mark abgenommen.

Zusammenstoß zweier Schiffe.

Paris, 1. März. Aus Marseille wird hierher gemeldet, der aus Algier kommende Schnelldampfer „Ville d'Algier" stieß in vorletzter Nacht mit dem gleichfalls aus Algier kommenden Dampfer „Orleana" zusammen. „Ville d'Algier" sank mit sämtlichen Waren. Die Passagiere konnten gerettet werden, bis auf einen, der über Bord sprang. Der Dampfer „Orleana" befindet sich noch nicht außer Gefahr.

Eine Wohltat für jeden, der angestrengt arbeitet, ist ein gesundes Hausgetränk. Kathreiners Malzkaffee ist bekömmlich, von würzig kräftigem Wohlgeschmack und kostet wenig.
Ein 10 Pfg.-Paket reicht für etwa 20 Tassen! Nur echt in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrer Kneipp.

Kennen Sie schon S.u.M.?

Nein? Dann lesen Sie:

Siegerin ist die denkbar feinste Margarine und gleicht der besten Molkereibutter in jeder Verwendungsart vollständig.

Mohra-Margarine ist schon lange als Butter-Ersatz für Tafel und Küche bekannt und sehr beliebt.

Ueberall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, A.-G. Altona-Bahrenfeld.

Sparverein Volkshaus, Wittenberg.
Sonnabend den 6. März, abends 8 Uhr, in der Lutherhalle („Bums"):
General-Versammlung.
(Vorstandswahlen.)
Der Vorstand.

Gesangverein Liederhain Zipsendorf.
Sonntag den 7. März im Baunack'schen Lokal:
Gr. Masken- u. Narrenball
verbunden mit großartig. Ueberraschungen.
Die 2 schönsten Masken und die 3 originellsten Narren werden prämiiert. Von 4 Uhr an: Ball. Einlaß d. Masken 6 Uhr. Es ladet hierzu freundl. ein **Der Vorstand.**

Ich empfehle meinen
:: Prima Rübensaft ::
1 Pfund **18 Pfg.**
Candis- u. Stärke-Syrup
1 Pfund **18 Pfg.**
A. Trautwein
Große Ulrichstraße 31.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Handgestrickte Socken,
Strickgarne, Strümpfe für Herren Damen und Kinder. Größte Auswahl, billigste Preise.
Albert Hammer, Geiststraße 52

Ein schönes Grundstück
mit 3 Morgen Acker, 2 Morgen Garten, 75 Obstbäumen und vier Hausfabeln sofort zu verkaufen.
Friedrichsschwerz Nr. 15.

Gummischuhe repariert sauber, schnell und haltbar **H. Woll,** Schuhmachermeister, Markt 13.

Hochfein. **Pflaumenmus,** à Pfd. 25 Pf., b. Abnahme v. 10 Pfd. 22 Pf.
R. Wellmann, Bernhardystr. 14.

Kalk.
Weiß-, Grau-, Zement- und Düngekalk täglich zum Verkauf.
M. Stoye, Hohenthurm.

Ein Gasthof
in der Nähe von **Leipzig,** mit gutem Arbeiterverkehr (Gewerkschaften und Arbeitervereine) ist wegen Krankheit des Besitzers **billigst zu verkaufen.** Anfragen unter **Folio 11** an die Expedition dieses Blattes.

Zeitz. Zeitz.
Ein sehr **schönes Plüschsofa** ist billig zu verkaufen.
Sachse, Schillerstr. 16, II r.

Wohnung, Stube, Kamm., Küche u. Zub. 180 ℳ 1. Apr. zu vm. **Ludw. Wuchererstr. 62**

Laden mit Wohnung
selten günstige Lage f. Schuhmacher, preiswert zu vermieten. **H. Gorges, Thale a. H.,** Steinbruchsweg 22 a.

Baumfuhren jeder Art bei. bill. **Alb. Ackermann,** Mühlberg 10.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Heute, Montag, den 1. März 1909, und folgende Tage
III. Grosse Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um den **„Grossen Preis von Halle"**
3000 Mark in bar.
Folgende Ringer haben sich hierzu gemeldet:
Josef Koraleck, Ungarn — **Otto Schulz,** Ostpreußen
Franz Sauerer, Bayern
Schibilsky, Meisterringer von Polen — **Max Schmidt,** Sachsen
Heinrich Weber, Meisterringer von Deutschland
Willy Urbach, Meisterringer vom Rheinland — **Arvid Lundgreen,** Meisterringer von Schweden
Petroff, Weltmeisterringer von Bulgarien
José van Dem, Meisterringer von Holland
Petitjean, Flandern — **Barkowsky,** Finnland
Georg Schneider, Danzig — **Stephan Marosch,** Böhmen
Georg Altmann, bester Ringer von Berlin
Noël le Bordelais, Meisterringer von Frankreich
Randolfé, Meisterringer von Oestreich
Kutusoff, Champion-Lokal-Meisterringer von Süd-Rußland.
Gerungen wird nach den **Regeln des griech.-römischen Ringkampfes.** Alle Ringer sind **bei Strafe sofortiger Disqualifikation** angewiesen, **ohne jede Rücksicht ihr bestes können einzusetzen.**
Die **fachmännische Leitung** und **Ueberwachung der Konkurrenz** liegt in den bewährten Händen des Herrn **S. Natannsen aus Hamburg.**
Das Schiedsgericht besteht aus folgenden hiesigen Herren:
Gust. Hoffmann Verbandsvorsitzender der Athletenvereinigung für Halle a. S. und Umgegend
Edmund Radsch Meisterschaftsstemmer d. Athletenvereinigung für Halle a. S. und Umgegend
Otto Peter Artistischer Leiter des 1. Turn- und Athletenklubs Halle a. S.
Fritz Fischer 1. Traineur des 1. kaufmännischen Sportklubs „Marathon" Halle a. S.
Vorher das **grosse Spezialitäten-Programm:**
Leo Billward-Trio die beste komische Jongleur-Szene
Mia Harden Konzert-Sängerin
4 Guerrero mexikanische Equilibristen
Georg Busse Humorist
Schwestern Myosottis Solo-Ballett-Verwandlungs-Tänzerinnen
5 Longonells Damen-Gesangs-Ensemble.
Heute, Montag, den 1. März, ringen:

Sauerer Bayern	gegen	**Urbach** Rheinland
Weber Deutschland	"	**Lundgreen** Schweden
Otto Schulz Ostpreußen	"	**Van Dem** Holland
Altmann Berlin	"	**Barkowski** Finnland.

Während der Dauer der Ringkampf-Konkurrenz ist der Vorverkauf zu ermäßigten Preisen aufgehoben.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: Hofrat **W. Richards.**
Dienstag den 2. März 1909:
161. Abonn.-Vorst. 1. Viertel.
Mignon.
Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas.
Anf. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Mittwoch den 3. März 1909:
162. Abonn.-Vorst. 2. Viertel.
König Lear.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Die nächste Vorstellung von **La femme X ... (Die fremde Frau)** kann erst am 4. März stattfinden.

Gerstäcker
in Einzel-Ausgaben
gute Illustrationen.
Tahiti, Roman aus dem Südsee **1.75**
Unter dem Aequator, Javanisches Sittenbild **1.75**
Die Regulatoren in Arkansas, Aus d. Waldleben Amerikas **1.50**
Flußpiraten des Mississippi, Fortsetzung von Regulator. in Arkansas **1.50**
Gold, Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens **1.50**
Die beiden Sträflinge, austr. Roman **1.50**
Der Kunstreiter, Erzählung **1.25**
General Franko, Lebensbild aus Ecuador **1.25**
Gerstäcker ist als **guter Erzähler** bekannt und sind seine Werke **zur Anschaffung bestens zu empfehlen.**
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/43.

Bei Todesfällen
wende man sich an die
Begräbnisanstalt C. Thielicke,
Gr. Steinstr. 63.
Uebernehme ganze Begräbnisse
Preise niedrig. — Tel. 1997.

Weissenfels. Todesanzeige.
Sonnabend vormittag verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe
Lotte
im Alter von 11 Monaten.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Emil Georgi und Frau.
Katharinenstraße 22.

Für Gastwirte, Vereine und Gewerkschaften.
Eintritts-Blocks
laufende Nr. von 1 bis 500,
Garderobe-Blocks,
laufende Nr. von 1 bis 500,
Skat- und Notiz-Blocks,
„Tanz-Kontroller"
(Ersatz für Tanzbändchen)
vorrätig in verschiedenen Farben.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 27. Febr.

Aufgeboten: Arbeiter Binder u. Anna Völkner (Rannischstr. 1 u. Pfännerhöhe 1). Oberkellner Schönekäs und Emilie Flemmer (Münster i. Westf. u. Gr. Brauhausstr. 31). Arbeiter Briemor und Anna Vogel (Halberstadt). Schneidermstr. Urbach u. Martha Dietsch (Halle a. S. und Morl.

Eheschließungen: Bezirksfeldwebel Schumacher und Elfriede Jostel (Adolfstr. 1a u. 5. Vereinsstraße 12). Arbeiter Sauer und Marie Woitalla (Moritzkirchhof 3 und Gommergasse 6).

Geboren: Feilenhauer Repert T. (Weingärten 21). Kesselschmied Beste S. (Merseburgerstraße 67). Gerichtsreferendar Luther Sohn (Gr. Steinstr. 20). Elektromonteur Leimbrock S. (Thomasiusstraße 13). Brauer Hein Sohn (Al. Sandberg 19). Postassistent Dartung S. (Thomasiusstr. 7).

Gestorben: Motorwagenführ. Naumann S., 7 Mon. (Landswehrstraße 8). Gastwirt Hellwig, 44 J. (Beesenerstraße 10). Kesselschmied Tintel, 60 J. (Merseburgerstraße 33). Privatmann Werner, 74 J. (Bernhardystr. 52). Witwe Henriette Lappan gebor. Wohnsdorf, (64 J.) (Friedrichstraße 6). Arbeiters Strohbach S., 5 Mon. (Jakobstraße 30).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 27. Februar.

Aufgeboten: Arbeiter Göpel und Hermine Schröder geb. Löhlkink (Herrenstraße 9 u. Oppinerstraße 15). Bäckermeister Schmidt u. Marie Bartsch (Streiberstr. 29 und Tiergartenstraße 3).

Eheschließungen: Kaufmann Leitert u. Johanna Ulrich (Geiststraße 24 u. Leipzig). Sergeant Becher u. Hedwig Pfordte (Erfurt und Wilhelmstraße 16). Schiffer Denkewitz und Maria Werner (Saalestraße 3 und Reilstraße 27).

Geboren: Polizei-Sergeant Kluschinski T. (Große Brunnenstraße 64). Arbeiter Freiberg S. (Große Wallstraße 42).

Gestorben: Dienstmann Göttermann, 42 J. (Landsbergerstr. 66). Univ.-Professor Dr. phil Ebbinghaus, 59 J. (Friedenstraße 25).

Heute, nachts 1 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden, meine innigstgeliebte Frau, unsere gute treusorgende Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, Frau

Johanne Banse geb. Hirschfeld.

Dies zeigt im Namen der trauernden Hinterbliebenen tiefbetrübt an **Julius Banse** nebst Kindern.

Halle a. S., Advokatenweg 30, den 1. März 1909.

Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090302-11/fragment/page=0008